

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,30 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
6 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich-
Ungarn 3 Mk., für das übrige
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln
in der Post-Zeitungs-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 1. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Sämtlichen Mitarbeitern und
Genossen senden die besten Neujahrs-
wünsche

Die Redakteure des „Vorwärts“.

Abonnements-Einladung.

Zur Jahreswende richten wir an alle Freunde und
Partiengenossen die dringliche Bitte, für die Erweite-
rung unseres Abonnententrefes mit aller
Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren
Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die ver-
einigten Parteien der Reaktion, denen der
Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte auf-
geboten; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahl-
reichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für
unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des
Kirchhofes hergestellt werden, damit sie ungestört
ihre gemeinschaftliche und gemeingefährliche Arbeit
verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen,
sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhand-
lungen des Reichstages über die sogenannte Um-
sturzvorlage, die sofort nach den Ferien beginnen-
werden von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Unter diesen
Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Partei-
genossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vor-
kommnisse aufs genaueste unterrichten, und daß sie dafür
sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter ver-
breitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentral-
organs, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit,
und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre
Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig
zu machen!

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonne-
ment auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, so-
wie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen ent-
gegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
ments zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895
unter Nummer 7128.)

Nach Beendigung des Romans: „Im Exil“, der im
Laufe des Januar zu Ende gehen wird, bringen wir eine

Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“,
von Franz Feld. Diese Erzählung beruht durch-
weg auf gerichtlichen Akten, die von uns
dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind,
und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht
weicht, „in Form Rechts“ zu Grunde gerichtet
werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir
den früher angekündigten Roman, die Berliner März-
ereignisse des Jahres 1848 behandelnd, zu veröffent-
lichen.

Indem wir so bestrebt sind, unsere Leser zufrieden zu
stellen, dürfen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß
dieser Ausruf an die Freunde und Genossen seinen Zweck
nicht verfehlen wird.

Berlin, Dezember 1894.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

An der Jahreswende.

Je weiter die Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft
vorrückt, je näher wir der unvermeidlichen Katastrophe
kommen, desto mehr häufen sich die Auflösungs-
symptome, desto heftiger treten die Krankheitserscheinungen auf. Es
liegt das in der Natur der Dinge. Und das Absterben
des Gesellschafts-Organismus vollzieht sich in dieser Be-
ziehung genau wie das Absterben eines thierischen Einzel-
Organismus.

So drängen sich jetzt am Ende des 19. Jahrhunderts
naturgemäß in immer rascherer Reihenfolge die Ereignisse.

Seit 1870/71 — dem „großen“ Kriegs- und Blutsjahr, —
haben wir kein so ereignisreiches Jahr gehabt, wie das
Jahr, an dessen Ende wir jetzt stehen. In keinem Jahr
ist die Hinfälligkeit der heutigen Zustände, die Gebrechlich-
keit der auf Grund des kapitalistischen Systems ruhenden
Einrichtungen so augenfällig, so eindringlich, so schlagend
zu Tage getreten.

Mit Ausnahme Englands, wo die lange Gewöhnung
an politische Freiheit stärkere Nerven und sichereres Urtheil
herausgebildet hat, und wo infolge dessen die politischen
Schwankungen nicht so gewaltsam und unvermittelt sind,
wie in den weniger entwickelten Ländern, haben alle Staaten
der alten und auch der neuen Welt Erschütterungen, Ver-
änderungen und theilweise auch Umgestaltungen ein-
schneidender Art durchgemacht.

In Frankreich, dessen herrschende Klasse vor
12 Monaten verweisend die „heilige Bombe“ des An-
archisten als Retterin anrief, verwandelte das infame Polizei-
spiel sich plötzlich in blutigen Ernst — der Anarchistenkultus,
den die kapitalistische Welt trieb, brach einem italienischen
Epistelfalter den Döhl in die Hand und führte zum Mord
des Präsidenten der Republik. Das „Gefegnet sei die
Bombe“ wurde zum wilden Dankegebet auf den rettenden
Döhl. Der Döhl Caserio's wurde wie eine Heiligen-
Reliquie im Lande herumgeführt, die Volksmassen zur Angst
und Wuth angestachelt, in wilder Hast der brutalsten
und beschränkteste Vertreter des Kapitalismus in ganz
Frankreich zum Präsidenten gewählt, und unter

der läugerischen Maske von Maßregeln zur Abwehr und
Verhinderung anarchistischer Verbrechen eine Aera
der Verfolgung gegen die Sozialdemokratie und die
Arbeiterbewegung überhaupt eingeleitet.

Die Ernte, welche der „Segen“ des heiligen Döhl's
der französischen Bourgeoisie einbrachte, war aber bald
aufgezehrt. Unrecht Gut gedeihet nicht. Das betrogene
Volk durchschaute das schandige Spiel, und ist auch
der Sozialismus in Frankreich noch nicht zur Herr-
schaft gelangt, so hat doch Casimir Perier vollständig
abgewirtschaftet — ebenso vollständig wie das kapitalistische
Raubsystem, als dessen würdigste Inkarnation er von der
französischen Bourgeoisie auf den Thron erhoben ward.

Die beiden romanischen Nachbarn Frankreichs:
Spanien und Italien, haben im vorigen Winter
und Frühling ihre Hungerrevolutionen gehabt,
und, wie um die Widerständigkeit der kapitalistischen Gesell-
schafts-Ordnung recht grell zu beleuchten, in zwei Provinzen,
welche wahre Paradiese auf Erden sind und von unerschöpf-
licher Fruchtbarkeit: in Andalusien und Sizilien.

In Spanien, wo die Verdrümmung des Volkes durch
das Pfaffenhum mit Hilfe der Inquisition-Schleierhaufen
noch gründlicher bewerkstelligt worden ist, als selbst in der
taufendjährigen Domäne des Papstthums: in Italien,
äußerte die Rohheit und Unvernunft, von der Hunger-
peitsche zu blinder Wuth angestachelt, sich in dem grauen-
vollen Massenmord in Lyceos-Theater von Barcelona.
Doch zu käftigem Widerstande fehlte es dem Volke bisher an
geeigneten Elementen. Die Regierung, hin- und her-
schwankend zwischen Liberalismus und Konservatismus,
wurft fort und treibt steuerlos dahin auf dem trägen,
schlammigen Strom der „Politik von der Hand
in den Mund“, — bis eines schönen Tages das
lede Fahrzeug an irgend einer Klippe zerbrechen
wird. Die bürgerlichen Parteien sind jedes frischen
Entschlusses und zielbewußten Handelns unfähig — vom
Sozialismus allein kann Hilfe kommen; allein die spanische
Arbeiterklasse hat noch viel zu lernen, ehe sie ausschlag-
gebende Macht im Lande sein kann.

In Italien sind die Gegensätze schon schärfer ausgeprägt
und demgemäß sind sie auch härter aufeinander geplatzt. Wohl
wurde die Hungerrevolution niedergebrosen, wohl ist es Crispi-
gelungen, sein Blut- und Eisenregiment dem unglücklichen
Landes nochmals aufzuzwingen, allein die Nemesis hat ihn
ereilt, und während das Ende des Jahres 1893 den
„italienischen Bismarck“ auf dem Gipfel der Macht sah,
fiel das Ende des Jahres 1894 ihn zu Boden geschmettert,
hingestreckt der Länge nach in den stinkenden Pfuhl des
Panamino. Noch hat das italienische Volk seine Ketten
nicht zerbrochen, allein der größte der Verbrecher, die sich
so schwer an ihm vergangen, steht am Schanzenpfahl, und
auch die übrigen Verbrecher werden der Strafe nicht ent-
gehen. Der Sozialismus aber, den Crispi erwürgen wollte,
erhebt stolz sein Haupt und bereitet sich, die Erbchaft an-
zutreten, welche die bankrotte Diebesgesellschaft der
kapitalistischen „Ordnung, Religion und Sitt“ uns hinter-
lassen muß.

Einen großen Triumph hat der Sozialismus in
Belgien davongetragen, wo er, nach zähem, heldenhaftem
Kampf, dem arbeitenden Volk die politische Mündigkeit
erlängte und, allen Knissen und Tücken zum Trost, auch

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Vor'm Reichstaghause.

Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Ihr waget's nicht zu sagen.
Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Ihr habt's uns unterschlagen.

Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Wir werden's euch nicht schenken.
Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Ihr sollt noch seiner denken.

Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Der Bau, der kann's entbehren.
Dem deutschen Volk, dem deutschen Volk!
Das Reich muß ihm gehören!

Am Exil.

40

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung
von Marie Kunert.

Gewiß war er darauf gefaßt, dachte René, in mir
einen Menschen mit blauer Nase und schmutzigen Händen
zu finden. Wir werden ihm beweisen, daß man bei der
Kommune gewesen sein kann und doch kein Wilder zu sein
braucht. Der Beweis wurde denn auch erbracht. Ueber
die glatten Züge des Greises ging etwas, das einem Lächeln
glich. Er gerühte seinem Besucher einige Komplimente zu
machen, ihm Interesse zu zeigen und ihn zu fragen, was
er nun zu beginnen beabsichtigte. René erwiderte, daß es
seine Absicht sei, in Paris zu bleiben, in die juristische und
schriftstellerische Thätigkeit wieder einzutreten.

Ach! Das ist schlimm! sagte der andere mit einem
häßlichen Lächeln. Was trieb Sie denn, die Schweiz so
schnell zu verlassen?

Aber, entgegnete René überrascht, die sehr natürliche
Schwärmerei in mein Geburtsland zurückkehren.

Wah! es ging Ihnen dort unten doch ganz gut. Sie
hätten dort noch einige Jahre bleiben sollen. Das wäre
sicherer gewesen, glauben Sie mir.

Dies wurde durchaus nicht boshaft gesagt. Im Gegen-
theil, der Ton und der Blick, welche diese Worte begleiteten,
waren mitleidig. René fühlte sich dadurch erlöst und
verleht. Er sah die Enttäuschungen, die Schwierigkeiten,
an die er bisher nicht gedacht hatte, jetzt deutlicher vor sich;

und als er gegangen war, empfand er, um ruhiger zu
werden, das Bedürfnis, sich hartnäckig die Worte zu
wiederholen:

Weg mit diesem Unglückspropheten! Was versteht er
auch davon? Ich müßte mehr als gutmüthig sein, wenn
ich ihm glauben sollte. Muß ein alter Royalist, wie er,
nicht wünschen, daß die jungen Republikaner so lange wie
möglich außerhalb Frankreichs bleiben?

Er schüttelte den letzten Rest von Traurigkeit ab und
begab sich zu einem großen Verleger, für den ihn der
Sekretär der Akademie einige empfehlende Worte mitgegeben
hatte. In einem Vorzimmer mußte er in Gesellschaft meh-
rerer Personen, die vor ihm eingetreten waren, eine gute
Stunde warten. Endlich wurde er in ein Kabinett geführt,
in dem ein wohlbeleibter Herr, der eine Brille trug, an
einem Tische, der mit Manuskripten, Briefen,zetteln, Visiten-
karten, frisch von der Presse gekommenen Büchern bedeckt
war, saß und schrieb.

Sehen Sie mir Ihre Angelegenheit auseinander, ich
höre, sagte der wohlbeleibte Herr, ohne sich zu unterbrechen
oder auch nur den Kopf zu heben.

René sagte, daß er einen von der Akademie für Moral-
wissenschaft und Politik preisgekrönten Roman zu veröffent-
lichen wünsche.

Ich weiß. Wieviel Seiten?

Ungefähr dreihundert.

Wieviel Exemplare?

Zausend.

mit verstümmeltem Wahlrecht seinen siegreichen Einzug in den gesetzgebenden Körper gehalten hat. Ehre den Kämpfern! Ehre den Märtyrern, die wie unser braver Volder's Opfer des Kampfes geworden sind!

Das Beispiel Belgiens war nicht verloren für die Genossen in Holland. Auch hier, wo die Herrschaft der Phrasen lange Zeit jede gesunde Bewegung unterdrückte, hat sich endlich der Kern einer festen Arbeiterorganisation gebildet, um den das arbeitende Volk der Niederlande sich zur politischen Partei gruppieren wird.

Und nun zu Deutschland. Die „Sozialreform“, mit der unsere regierenden Klassen so viel geprahlt haben, ist „völlig eingestoren“. Von den schönen Versprechungen ist keine erfüllt worden. Dafür zeigt die Reaktion jetzt ihr wahres Gesicht. Statt Sozialreform lautet die Parole jetzt: „Vorlage gegen den Umsturz“, d. h. Fesselung der Arbeiterklasse, so daß diese der kapitalistischen Ausbeutung widerstandslos überliefert ist. In der inneren Politik der trostlosesten Wirtswarr.

Nachdem Kautler Caprivi bei Schluß der letzten Reichstagsession in der Sonne des Erfolgs und der kaiserlichen Günstgestrahlung, „die kleine aber mächtige Partei“ des hungrigen Junkertums ihre Stellung bei Hof gut aus, um dem Kanzler, der gewagt hatte, ihnen den Raub am Volk schmälern zu wollen, ein Wein zu stellen. Obgleich Deutschland das einzige Land der Welt ist, das, dank der trefflichen Schulung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie, die Seuche „anarchistischer Verbrechen“ von sich ferngehalten hat, wurde zur Maskierung jener schamhaften Intrigue von den verbündeten Feinden des Volkes ein lärmender Kreuzzug veranstaltet gegen die Sozialdemokratie und der Schlachtruf ausgestoßen: für Religion, Ordnung und Sitte, was in das christlich-germanische Junkerdeutsch überseht heißt: für Kornzölle, Liebesgaben und Beibehaltung. Caprivi wurde gestürzt, die Reichsregierung zerbröckelt, ein nothdürftiges Provisorium mit einem brüchigen Notkanzler zusammengeklüfft. Und im Rückwärtsstampfen die Reichsgalerie, „Wolldampf voraus“, hierhin, dorthin, niemand weiß wohin. Um die Aufmerksamkeit abzulenken von dem kläglichen Schauspiel und der öffentlichen Meinung den Mund zu stopfen, hat man ein Knebelgesetz angefertigt und will die Sozialistengesetz-Schaube wiederholen. Gut — wiederhole man die Schande! Wir werden dafür sorgen, daß auch die Niederlage sich wiederholt!

Und während in Deutschland das persönliche Regiment dem Kapitalismus als Heiland anempfohlen wird, erklärt es in Rußland, seiner klassischen Heimath, sich für insolvent, und klammert der neue Zar, der beim Tode des Vaters die verhängnisvollen Früchte des persönlichen Regiments schauen konnte, sich an den Strohalm kleiner Reformen, die ihn und sein Reich vor dem Ruin des persönlichen Regiments retten sollen.

Auch in der neuen Welt Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die reiche Riesenrepublik, in Folge der herrschenden Miß- und Raubwirtschaft von einer furchtbaren Geschäftskrise erfaßt, beherbergt Millionen Arbeitsloser und wurde durch einen einfachen Streik an den Rand des Bürgerkriegs gedrängt.

So sehen wir, wohin unser Blick sich wendet, überall das gleiche Schauspiel der Herrschsucht und Ausbeutung von oben, des Glücks der Massen, des Widerstandes und der Befreiungsversuche von unten.

Die Krisis ist in Permanenz und sie ist die Signatur der internationalen Kapitalistenwirtschaft geworden, die ihre eigenen Existenzbedingungen zerstört.

Überall die wirtschaftliche Lage sich von Tag zu Tag verschlimmernd; überall die herrschenden Klassen zu den brutalsten Gewaltmitteln greifend, um sich gegen das öffentliche Interesse, an der Herrschaft zu erhalten; überall inmitten der allgemeinen Noth, Gefahrenheit und Verrohung (S. Leisti) — als einziger fester Punkt, als Leuchte und Hoffnungsanker: der Sozialismus.

Groß sind die Fortschritte, die unsere Bewegung in den letzten Jahren gemacht hat. Insbesondere in Deutschland haben wir Ursache zufrieden zu sein. Die Erfahrungen in Einshorn und Plauen verließen der Partei zwei neue Siege im Reichstag. Der Frankfurter Parteitag und die an ihn sich schließenden Debatten zeigten die unerschütterliche Festigkeit und geistige Selbstständigkeit der Partei, die aus

der schrankenlos freien Kritik ihre nie versiegende, stets wachsende Kraft schöpft. Der Vorkott-Sieg unserer Dresdener Genossen und der glänzende Sieg des Berliner Vierbongotts hat den Arbeitern ihre wirtschaftliche Stärke offenbart und wieder einmal den Werth der Disziplin gelehrt.

Viel ist von den Genossen in Deutschland und in den anderen Ländern gethan worden. Allein viel ist noch zu thun.

Die Arbeit ist nicht bloß die Schöpferin aller Reichtums, sondern auch aller Macht. Alle Macht ruht also in der Arbeit und in den Arbeitern. Leider schlummert sie, denn die Mehrzahl der Arbeiter ist noch nicht zum Bewußtsein ihrer Macht gelangt. Dieses Bewußtsein in den noch Unbewußten zu wecken und die zum Bewußtsein Erweckten zu sammeln und zu organisieren — das ist die vornehmste Aufgabe. Ohne Organisation keine Macht. Politische Organisation, gewerkschaftliche Organisation — das sei die Lösung! Mit dieser Lösung erreichen wir das Ziel.

Organisation macht die Pläne unserer Feinde zu Schanden.

Organisation zerreißt wie Zwirnsfäden die Ketten, die sie uns anlegen wollen.

Drum Organisation, Organisation und nochmals Organisation!

Dies unser Neujahrsgruß für das Jahr 1895!

Patriotismus und Sozialismus.

Paris, den 28. Dezember 1894.

Die patriotischen Deputierten haben Jaurès beschimpft und ihn aus der Kammer getrieben, weil er verlangte: wenn man die Landesverräter nicht zum Tode verurtheilt, die dem Auslande die Geheimnisse der Landesverteidigung ausgeliefert, wenn man Bazaine begnadigt und seine Flucht begünstigt habe, dann solle man auch die Soldaten nicht erschießen, die in einem Augenblick der Erregung gegen einen Vorgesetzten die Hand erhoben haben.

Jaurès und die Sozialisten wurden Verräther des Vaterlandes, weil sie wollten, daß die gemeinen Soldaten geschont würden, nachdem man gegen ihre Vorgesetzten so rücksichtslos gewesen; sie griffen die militärische Disziplin an; sie desorganisierten die Armee; sie waren Internationalisten, „vaterlandsloses Gesindel“.

So weit ist es gekommen: jeder Sozialist, der die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, ist ein Feind Frankreichs.

Die Kapitalisten, welche alle Begriffe der Ehre, Gerechtigkeit und Bürgerthum umstürzen, haben auch den Begriff des Wortes Patriotismus geändert. Während der revolutionären Periode des vorigen Jahrhunderts, bedeutete Patriotismus die Befreiung der Völker, den Krieg gegen die verbündeten Könige. In unserer Zeit, des Jahrhundert-Endes (fin de siècle), das nach ein Klassen-Ende (fin de classe) erleben wird, bedeutet Patriotismus den Bund der vereinigten Bourgeoispartei mit Jaren, Kaisern und Päpsten — einen Bund, geschlossen zu dem Zweck, den Sozialismus, den gemeinsamen Feind der Kapitalisten beider Welten zu erdrücken. Die goldene Internationale datirt nicht von gestern.

Die Revolution von 1848 erschütterte die alten Monarchien, die Könige zitterten, sie fühlten den Boden unter sich schwanken und fürchteten, er werde ihre Throne verschlingen. Damals erschien auf der europäischen Bühne der Jar als Vorkämpfer der selbstherrlichen Reaktion; er erstichte die revolutionäre Bewegung in Ungarn, breitete seine schändende Hand über den König von Preußen aus und stellte in Osteuropa die Ordnung her — die „Ordnung von Warschau“.

Die Arbeiter, durch die Ereignisse in Bewegung gesetzt, erhoben sich in Rouen und dann in Paris, um die Rechte der Arbeit zur Geltung zu bringen. Die Junischlacht erschreckte die Bourgeoisie, die sich naiverweise einbildete, sie allein habe Rechte, und die Arbeiter hätten nur Pflichten. Sie berief ihre Generale aus Afrika. Die Cavagnac, die Lamoricière, die ihr Schlächterhandwerk für den Bürgerkrieg gelernt hatten, indem sie die ihr Vaterland verteidigenden Krieger niedermegelten, sie mehlten gewissenhaft die französischen Insurgenten nieder. Aber auf den Barricaden des Juni hatte man Kämpfer verschiedener Nationalitäten gesehen: Deutsche, Italiener, Belgier; und in England, Deutschland, Belgien kam eine sozialistische und internationale Bewegung zum Ausbruch.

Die kapitalistische Bourgeoisie Europas bekam Angst und verdrückte sich, um dieser „Erhebung der Barbaren“, diesem „Rundschuß der Städte“ (Jacquerie des villes), diesen „Orgien der Zehner“ ein Ende zu machen. Frankreich war der Herd des sozialistischen Vulkan. Die kapitalistischen Parteien ahnten das Beispiel der „Erdbeben“ des vorigen Jahrhunderts nach: sie bettelten um die Hilfe des Auslandes. „Die Pflicht der Fürsten

Europas“, sagte Momien, „ist, thätig und unverzüglich einzuschreiten, wenn irgend eine Ueberrumpfung der inneren Politik oder irgend eine Rundgebung der Massen uns in den Abgrund des Februar zurückzuführen sollte. Es wäre ein Wahnsinn, wollte Europa abseits stehen bleiben. Uebte Europa bewaffnete Geduld (patience armée) und wartete den Aufruf auf den eisernen Gürtel ab, mit dem es die Grenzen unseres Landes umschlingt, dann würde die Schweiz ihre bequeme Neutralität allen offenen oder versteckten Elementen des Umsturzes darbieten.“

Europa beobachtete in fieberhafter Spannung den Gang der Dinge in Frankreich und lauerte auf den Moment, wo es dem dringenden Ruf der französischen Kapitalisten folgen konnte; der Gedanke, daß die revolutionären „Ausfaltungen“ der Jahre 1793 und 1794 sich wiederholen könnten, ließ die Haare des ordnungsliebenden Europas zu Berge stehen. Der Staatsstreich Bonaparte's, nach Verabredung mit Palmerston durchgeführt, beruhigte Europa, das ihn begrüßte als die Erlösung aus der sozialistischen Gefahr.

Napoleon wurde mit Jubel zum Retter der kosmopolitischen Kapitalistenklasse ausgerufen.

Doch die sozialistische Gefahr war nur zeitweilig beseitigt. Die Niederlage bei Sedan, die Proklamierung der Republik und die Belagerung von Paris ließen sie drohender als je wieder ersehen. Die Arbeiter waren bewaffnet und militärisch organisiert; ihr einziges Begehren war, sich zu schlagen und die Truppen Bismarck's und Kaiser Wilhelm's aus dem Lande zu jagen. Aber wenn es ihnen gelungen wäre, Paris und Frankreich von den preussischen Eindringlingen zu befreien, so hätte die Kapitalistenklasse mit einem siegreichen, bewaffneten Proletariat rechnen müssen. Sie entschied sich, lieber Frankreich zu Grunde zu richten, Besser die Preussien, als die siegreichen Proletarier!

Als die spartanischen Aristokraten einst in einem Kriege gegen die Messenier von 2000 Helotengerettet wurden, zogen sie es vor, die Retter niedermegeln, anstatt sie zum Lohn für ihre Tapferkeit freizulassen.

Die Regierung der nationalen Verteidigung, diese wunderbare Personifikation der kapitalistischen Interessen, wollte lieber Bismarck und Wilhelm die Thore von Paris öffnen, als dem Proletariat einen Sieg veranlassen. Der Widerstand ist eine heroische That, erklärte man mit erhobenem Stimme. Herr, der Gouverneur des Stadthauses (Hotel de Ville), übernahm die Aufgabe, das Volk auszuhungern, um es zur Kapitulation zu zwingen, während die Magazine von Lebensmitteln froren, wie die Kommuue zwei Monate später erdoben sollte. Jules Favre hatte es so eilig mit der Auslieferung der Stadt, daß er es völlig vergaß, in den Waffenstillstand die Osmaren mit einzuschließen, die infolge dessen völlig aufgerieben wurde.

Die Patrioten in der Regierung der nationalen Verteidigung begingen doppelten Verrath. Belagert und nur unvollständig unterrichtet über die Lage der Armeen in der Provinz, unterhandelten sie trotzdem für das ganze Frankreich. Und doch verließ auf der ganzen Welt kein Feind dem Befehlshaber einer eingeschlossenen Armee das Recht, für andere Truppen, als die von ihm selbst kommandierten, einen Waffenstillstand abzuschließen. Selbst Napoleon III. sprach nicht im Namen von ganz Frankreich, als er bei Sedan seinen Degen übergab.

Die Niedertracht der Pariser Regierung empörte die Regierung von Bordeaux. Einen Moment plante man, den in die Provinz entsandten Delegierten Jules Simon zu verhaften, sich über die Befehle hinwegzusetzen und den Krieg weiter zu führen. — Gambetta und Ranc wollten zum wenigsten den bonapartistischen Deputierten, die für den Krieg gestimmt hatten, das Brandmal der Schande aufdrücken und ihnen den Eintritt in jene Versammlung, die über Krieg und Frieden entscheiden sollte, verweigern. Bismarck nahm jene Herren indes unter seinen Schutz, und auf sein Kommando ließ die Regierung von Paris die Bestimmung der Regierung von Bordeaux.

Und Herr, der Auswärtiger des Volkes, Favre, das weinende Krokodil, und all' die anderen Patrioten der Regierung des nationalen Verrathes haben seitdem Frankreich im Namen der Kapitalistenklasse regiert. Thiers, der Gambetta einen „rasenden Narren“ (fou furieux) nannte, weil er den Krieg gegen das erschöpfte Preußen fortsetzen wollte, und der, um Anzin, zu dessen Hauptquartier er gehörte, von der Konfurrenz der Kohlengruben des Elsaß zu befreien, dem Lande zwei Provinzen abschüttelte, wurde als „Vater des Vaterlandes“ in den Himmel gehoben.

Dieser „Vater des Vaterlandes“ bombardirte als Haupt der Versailler Republik Paris erbarmungslos als Bismarck es gethan hatte, und alscherte die Denkmäler von Paris ein; er erbettelte von Wilhelm die kriegsgefangenen Soldaten, um die Revolution des 18. März niederzuwerfen und nahm die Dienste der am Paris belagerten preussischen Truppen an, um die Kämpfer der belagerten Kommuue einzuschließen und zu verhindern, daß sie dem Gemetzel entgingen. Der „Temps“ und alle Bourgeoisblätter haben mit Geföhlen des Dankes erzählt, wie stolz Bismarck darauf war, „Mac Mahon und Thiers seine Hilfe geliehen zu haben“ („Temps“ 19. Mai 1890, S. 2, Spalte 4).

In Anerkennung der Dienste, die Bismarck der Kapitalistenklasse geleistet hat, gewährte die Regierung der Republik, auf Bismarck's Wunsch, dem Leibarzt desselben, Herrn Weichbrodt, der ihm gerathen hatte, Frankreich eine Kriegsschuldigung von 300 Millionen aufzulösen, das Großkreuz der Ehrenlegion.

Das kapitalistische Europa begrüßte den Fall der Kommuue als einen Sieg. Kallioff, der Führer der Panflavisten, der sich tagtäglich in der „Moskauer Zeitung“ gegen das besiegte Frankreich in heftigen Ausfällen erging, forberte: man solle Paris, das „moderne Babylon“, die „Hauptstadt der Revolution“, dem Erdboden gleichmachen. Die englische „Armes- und Marine-Zeitung“ machte den Vorschlag, zu wissenschaftlichen Dissectionen fünfzigth an Stelle der Hunde und Kaninchen Soldaten der Kommuue zu nehmen.

Die Kapitalistenklasse klatschte dem kapitalistischen Frankreich Beifall, das nach zehn Jahre nach der modernen Pariser Wuthochzeit Kommunarden auf die trockene Guillotine von Neukaledonien deportieren und in Exotory niederstießen ließ.

Die Versailler hatten ihre Parteistreitigkeiten begraben, um gemeinsame Sache gegen das revolutionäre Proletariat zu machen; die Kapitalisten Europas' verschmolzen ihre nationalen Eifersüchteleien in dem Haß gegen den Sozialismus, ihren gemeinsamen Feind.

Der Sozialismus, den Thiers im Blute ertränkt glaubte, erhob sich mächtiger denn je; bei allen Nationen hat sich das Proletariat des Geistes und der Handarbeit zu vier Klassenpartei zusammengeschlossen, mit einem Programm und einem Ziel; in allen Ländern, in Deutschland wie in Frankreich, in Belgien wie in Italien wird die sozialistische Partei von der Kapitalistenklasse geachtet; gegen den Sozialismus ist die Kapitalistenklasse stets bereit, die rohe Gewalt anzuwenden und die Hilfe des Auslandes anzurufen.

Um ihre Reichthümer, die sie den Arbeitern geraubt hat, sich zu erhalten, ist die Kapitalistenklasse entschlossen, zu den gemeinsten und barbarischsten Mitteln zu greifen; an dem Tage, wo die sozialistische Partei im Besitz der Macht wie 1871 Hand an ihre Vorrechte legt, wird die Kapitalistenklasse Frankreich den Landesfeinden öffnen, damit das Eigenthum, ihr einziges Vaterland, von den Landesfeinden vertheidigt wird. Gallus.

*) „Die Mera der Cäsaren“ von A. Momien, die Schrift, der dieses Zitat entnommen, ist eine jener zahlreichen Broschüren, welche die öffentliche Meinung auf den Staatsstreich vorbereiteten, der übrigens die notwendige Konsequenz der furchtbaren Juni-Gezetz war; die republikanische Bourgeoisie hatte die thätigsten Verteidiger der Republik auf dem Altar des Eigenthums geopfert. Nach dem Staatsstreich (2. Dez. 1852) erhielt Momien eine Präfektur als Belohnung seiner schriftstellerischen Verdienste.

Das kostet Sie achthundert Franks. René sprang auf. Er glaubte, sich verfehlt zu haben. Ich verstehe nicht, sagte er.

Der Mann warf ihm über seine Brillengläser hinweg einen durchdringenden Blick zu und sagte langsam:

Sie werden uns dafür achthundert Franks zu zahlen haben. Sie glauben doch nicht, daß wir sie auf unsere Kosten drucken werden?

René, der niedergedonnert darsaß, kam sich diesem Herrn gegenüber, der ihn von oben herab behandelte, wie ein Schuljunge vor. Bögern bemerkte er, daß dies gerade sein Wunsch gewesen sei. Der andere warf sich in seinen Fautenil zurück und rief mit etwas boshaftem Lächeln:

„Ah so! mein geschätzter Herr, wofür halten Sie uns denn? Sind Sie berühmt? Heißen Sie Zola, Daudet? Können Sie mir dafür garantieren, daß Ihr Buch gut verkauft werden wird? Sie werden mir sagen, daß es preisgekrönt ist. Das ist ganz schön! Aber wer hat heutzutage noch keinen Roman geschrieben, der nicht von irgend einer Akademie preisgekrönt worden ist? Ohne zu rechnen — nehmen Sie es nicht übel — daß der Name eines Autors, der aus dem Exil zurückkehrt, nicht geeignet ist, das Publikum anzulocken. Darum treffen wir aber unsere Vorsichtsmaßregeln. Sie werden einen Theil unserer Kosten decken. Wir stellen Ihnen dafür unseren Kundenkreis und unsere Beziehungen im Handel und in der Presse zur Verfügung. Sie haben die Ehre, in unseren Katalogen neben den bekanntesten Autoren zu stehen. Wir bewilligen Ihnen außerdem fünfzehn Centimes pro Exemplar, sobald fünfhundert verkauft sind... Und dann thun wir dies auch nur, weil Sie uns empfohlen worden sind. Ueberlegen Sie es sich gefälligst. Mehr können wir nicht thun. Sie können thun oder lassen, was Sie wollen. Sie sind frei.“

Nachdem der große Mann dies gesagt hatte, vertiefte er sich wieder in die Papiere, die seinen Schreibtisch bedeckten.

René bat um einige Tage Bedenkzeit. Wie es Ihnen beliebt! wurde ihm geantwortet und er durch einen Wink der Hand, der Gruß großer Herren kleinen Leuten gegenüber, verabschiedet.

Er war gedemüthigt, enttäuscht, ärgerlich.

Ach, sprach er bei sich, welch schönes Beispiel von dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit, diese Beziehungen zwischen Verleger und Autor! Dem Einen das Talent und die Arbeit, dem Andern das Geld und folglich auch der Profit. Aber warum sich schinden lassen? Ich bin frei... leider, frei wie der Arbeiter, der keinen Sou mehr hat und dem es frei steht, zu verhungern, wenn er die drakonischen Bedingungen des Arbeitgebers zurückweist.

Er erzählte sein Mißgeschick seiner Mutter, die ihre Entrüstung darüber laut äußerte. Er erzählte es auch Lucien, der ihm antwortete, daß dies üblich sei und daß ein Ausländer die Herausgabe seines ersten Werkes bezahlen müsse. Er schrieb nunmehr an andere Verleger, die ihm ähnliche Bedingungen stellten oder überhaupt nicht geachteten, ihm zu antworten. René wollte aber um jeden Preis sein Werk der Öffentlichkeit übergeben und entschloß sich, die achthundert Franks zu opfern, die von ihm verlangt wurden und die zwei Monate der Unabhängigkeit für ihn bedeuteten.

Als er zu dem großen Manne, dem Verleger, zurückkehrte, gab ihm dieser, durch den Gedanken an das kostenlos erworbene Manuskript milder gestimmt, mit herablassender Gutmüthigkeit einige praktische Rathschläge.

Sie wollen sich der Literatur widmen, sagte er. Ich kann Ihnen nicht genug wiederholen, was Sardes nicht aufhört, den jungen Leuten, die auf das Theater geben wollen, zu predigen: Ihr müßt Geld haben, Kinder, Ihr müßt Geld haben! Man muß den Erfolg abwarten können.

René dankte, versicherte, daß er diesen ausgezeichneten Rath bei nächster Gelegenheit befolgen werde und ging voll Bitterkeit fort. Eine nette Gesellschaft war es doch, in der man den Novizen nichts anderes zu sagen mußte, als: Ihr müßt Geld haben! Das ist das wahre Mittel, um vorwärts zu kommen.

Als er traurig gestimmt nach Hause kam, reichte seine Mutter ihm ein zusammengefaltetes, gefiegeltes Schreiben, das an seine Adresse gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Dezember.

Die beiden Häuser des Landtages sind, wie nun die Köller'sche Korrespondenz nochmals bestätigt, für den 15. Januar 1895 einberufen. —

Der Erfolg der Berliner Arbeiter über den Brauer- ring hat unsere Parteigenossen überall im In- und Ausland mit Freude erfüllt. Von allen Seiten und namentlich auch aus England und Frankreich gehen uns Begrüßungen zu. Herausgreifen wollen wir, daß der sozialistische Studentenbund von Paris in einer außerordentlichen Sitzung folgende Tagesordnung beschlossen hat:

Die der Arbeiterpartei zugehörigen kollektivistischen Studenten der Pariser Universität beglückwünschten die Berliner Sozialisten zu dem bewundernswürdigen Geist der Organisation und Disziplin, durch den sie in ihrem Kampf den Sieg der Großbrauer gebrochen und der Arbeiterwelt ein leuchtendes Beispiel gegeben haben. —

Der Freisinn und die Umsturzvorlage. Der „Post“ wird aus Köln depechiert:

Im Anschluß an den Delegirtenkongress der freisinnigen Volkspartei des Bezirks Köln-Rheinland sprach der Reichstagsabgeordnete Leuzmann heute Mittag in einer Volksversammlung über die Gesetzesvorlage gegen den Umsturz und den Ranzlerwechsel. Der Redner glaubt, die einzelnen Paragraphen der Vorlage acceptiren zu können; indes entschied sich die Versammlung durch die Annahme einer Resolution für die Ablehnung der ganzen Vorlage, nachdem sich auch der freisinnige Abgeordnete Schmidt-Eberfeld in diesem Sinne ausgesprochen hatte.

Herr Leuzmann war früher Demokrat, wurde später Fortschrittler, dann Freisinniger, jetzt scheint er schon reif für den Eintritt in die nationalliberale Partei zu sein. —

Wieder eine Stimme gegen die Umsturzvorlage ist zu stellen, haben sich die sächsischen Behörden beilegt. Wie uns nämlich aus Chemnitz mitgeteilt wird, hat der Reichstags-Abgeordnete Franz Hofmann die Aufforderung erhalten, am 3. Januar die ihm wegen angeblicher Beleidigung irgend eines Gendarmen zuerkannte Strafe von vier Wochen anzutreten. Selbstverständlich hat unser Genosse Straußfuss bis nach Beendigung der Reichstags-Session beantragt, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß sächsische Behörden darauf sich nicht einlassen. Solche Praktiken kennt man nur in wilden Ländern, bei uns in Deutschland aber würde man, wenn es ginge, die ganze Opposition ins Ritzchen setzen. Nur schade, daß dies, vorläufig wenigstens, noch nicht geht. —

Pöschinger. Der Bismarck'sche Leib-Geschichtsdiktator, der auf den Namen: Ritter von Pöschinger hört, hat wieder eine „Aufzeichnung“ verfaßt, in der er den „Parlamentarier“ Graf Frankenberg lästet über den Verfall des Jahrhunderts pöschingerlästet. Und zwar läßt der Herr Geschichtsdiktator sich diesmal an den Vorgängen bei der Kapitulation von Paris. Viel Dichtung, wenig Wahrheit, nichts neu. Alles „alle Kamellen“. Und langweilig erzählt, wie das von einem Hohenpriester der Göttin Langweile zu erwarten. Le style c'est l'homme. Wir verzichten die Leser mit Proben des abgestandenen Pösch's und verweisen auf unseren heutigen Gallus-Artikel über Sozialismus und Patriotismus. Da ist auch einiges über die Kapitulation von Paris und Verwandtes zu finden — und keine Pöschingererei. —

Gehelei. Die „Deutsche Verkehrs-Zeitung“, das offiziöse Organ der Postverwaltung, zitiert in ihrer Nr. 51 aus dem Bucherprozeß Mendel Treuhertz und Genossen folgende Stelle:

Unter den weiter vernommenen Zeugen befinden sich einige Postbeamte, welche mit Spiegel in Verbindung getreten waren. Bei ihnen handelte es sich nicht um eine Rothlage, sondern mehr um Ausgaben für die Annehmlichkeiten des Lebens. Ermöglichung eines Landaufenthaltes für die Frauen etc. Die Zeugen geben zu, daß es ihnen möglich gewesen wäre, von dem Post-Spar- und Vorschußverein das Geld zu erhalten, sie wollten aber der Behörde keinen Einblick in ihre Verhältnisse gestatten.

Daran knüpft die „Deutsche Verkehrs-Ztg.“ folgende Worte:

„Also soviel Vertrauen wie man zu Treuhertz und Genossen hat, bringt man der Verwaltung nicht entgegen! Da giebt's allerdings keine Hilfe, denn mit lebenden Augen sehen sie nicht und mit hörenden Ohren hören sie nicht.“

Oh über diese Gehelei! Da ist es doch am Plage, darauf hinzuweisen, in welcher Weise der Vorsitzende des Düsseldorf'schen Spar- und Vorschußvereins, Ober-Postdirektor Kühne, seine Stellung mißbrauchte. In seinem von uns in Nr. 29 vom 8. Februar 1893 veröffentlichten Bericht an das Reichs-Postamt, der den Sturz der Verbandsbewegung der Postassistenten bezweckte, heißt es:

Die Schulden der 40 eifrigen Verbandsgenossen des hiesigen Bezirks belaufen sich auf 17 357 M., woran der Spar- und Vorschußverein mit 12 884 M. beteiligt ist. Die wirkliche Schuldsumme beträgt selbstverständlich weit mehr, denn solche Beamte borgen überall, der ermittelte Betrag erscheint aber schon im bedenklichen Grade geeignet, das Vertrauen und die Achtung nicht allein der Betroffenen sondern des Standes zu erschüttern, die Sicherheit des Dienstes zu gefährden und für die Beteiligten ein Ende mit Schrecken, wofür schon mehrere Beispiele vorliegen, zu befürchten.“

Daß nach diesem Versuch, die Mitglieder des Verbandes auf die schwarze Liste zu setzen, zu der Verwaltung der Spar- und Vorschußvereine, die leider in der Hand der höchsten Beamten liegt, in der That nicht so viel Vertrauen vorhanden sein kann, wie zu Treuhertz und Genossen, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Werden die Beamten bei den Bucherern auch in unverschämter Weise ausgebeutet, so gestattet der regelmäßige Verdienst doch hier und da, sich aus diesen Banden zu befreien, während bei der Benutzung der Post-Spar- und Vorschußvereine man dauernd, d. h. für die ganze Dienstzeit geächtet und verächtet bleibt. Was das zu bedeuten hat, wissen wir nur zu gut. Und deshalb ist es angebracht, das Gedächtniß der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ etwas aufzufrischen. —

Der Fall Hüberlen, Regierungspräsident in Stuttgart, über den wir in Nr. 276 berichteten, scheint in ein neues Stadium zu treten. Wegen der Veröffentlichung seiner Broschüre wurde er in Disziplinarwege zu 800 M. Geldstrafe verurtheilt. Da aber der Herr Regierungspräsident diese Strafe ohne vorherige Verhandlung nicht anerkennt und Rekurs erhoben hat, so ist man allseitig auf den Ausgang dieser Sache — als Seitenstück zum Fall Pöschinger — gespannt. —

Zur Frage der Versäuflichung der schweizerischen Wasserkräfte wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Die Gesellschaft Freiland hatte in einer an die Bundesbehörde gerichteten Eingabe vom April 1891 die Monopolisirung der Wasserkräfte

in der Eidgenossenschaft angeregt. Der Ständerath hat beschlossen, der Eingabe keine Folge zu geben. Im übrigen nahm der Ständerath von dem Bericht, welchen der Bundesrath darüber an die Bundesversammlung gerichtet hat, Kenntnis und sprach den Wunsch aus, der Bundesrath möchte bald Vorlagen ausarbeiten über die Regelung der internationalen Beziehungen betreffend die Wasserkräfte und elektrischen Starkstromleitungen, ferner forderte der Ständerath eine Statistik der schweizerischen Wasserkräfte. Endlich erhielt der Bundesrath den Auftrag, sich mit den Kantonen in Verbindung zu setzen, um dieselben zu einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen über das Wasserrecht, namentlich mit Bezug auf die Expropriation, ferner über zeitliche Beschränkung der Konzessionsvertheilungen, Rückfalls- und Vorkaufsrechte des Staates und der Gemeinden sowie zur Aufstellung eines Wasserrechtskatalogs zu veranlassen. Der Nationalrath hat sich mit der Angelegenheit noch nicht befaßt. —

Die letzte Nachwahl zum belgischen Parlamente bedeutet mehr als einen Wahlsieg der Sozialdemokratie in Lüttich. Sie ist der Beweis dafür, daß die sozialistische Hochfluth bei den letzten allgemeinen Wahlen nicht ein zufälliges Ereigniß ist, daß sie vielmehr der thatsächliche Ausdruck der Stimmung des belgischen Volkes ist und daß kein Rückschlag zu gunsten der auf's Haupt geschlagenen Liberalen zu gewärtigen ist, daß also deren Niederlage als endgiltig angesehen werden muß. Ueber die Stimmzahl bei der Nachwahl in Lüttich liegt die folgende Depesche des belgischen Bureau's vor:

Bei der Kammer-Ersatzwahl wurde der Sozialist Smeets mit 83 291 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Francotte (Katholik), welchem zahlreiche gemäßigtere Liberale ihre Stimme gegeben hatten, erhielt 55 510 Stimmen.

Dem Bureau Herold wird aus Lüttich telegraphirt:

Bei der Stichwahl zwischen dem Sozialisten Smeets und dem Katholiken Francotte erhielt ersterer 83 788, letzterer nur 55 564 Stimmen. Für Francotte hatten die Alt-Merkanten, Christlich-Sozialen, Fortschrittler und Liberalen ihre Stimme abgegeben. Beim Bekanntwerden des Resultats um Mitternacht organisierten sich mehrere Klubs, wobei es zwischen Merkanten und Sozialisten zu Streitigkeiten kam. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Prozeß Drehsus. Der Revisionsrath bestätigte das gegen Drehsus gefällte Urtheil der ersten Instanz. —

Die italienische Kammer soll nun aufgelöst werden, da Crispi selbst von der verrotteten Volksvertretung Italiens eine Rehabilitirung nicht für möglich zu halten scheint. Die Neuwahlen sollen erst im April stattfinden, damit wohl recht viel Gras über die Enthüllungen Giolitti's wächst. Daß Crispi, der gar nichts mehr zu verlieren hat, dies gewagte Spiel versucht, begreifen wir, daß aber der König auch an dessen va banque-Spiele theilnehmen soll, scheint uns eine Verblendung zu sein, die ihm zu theuer zu stehen kommen kann, als daß er sie wagen sollte. —

Cavallotti's Manifest scheint Crispi recht geärgert zu haben, wie folgende Depesche beweist:

Ein aus Marseille gebürtiger Bürger namens Bonis ist aus Italien ausgewiesen worden, weil er Cavallotti mehrere Schriftstücke ausgeliefert hat, welche über Beziehungen zwischen Crispi und Cornetius Herz Auskunft geben. —

Crispi war stets der Führer der linken Seite des italienischen Parlaments gewesen. Jetzt muß er um die Unterstützung der Konservativen, seiner früheren erbitterten Gegner, buhlen. Herr Bonghi, einer der Führer der italienischen Rechten, erklärte gestern in einer Rede, die er in Neapel hielt, daß er treu zu Crispi und dem Ministerium stehe, welches den Muth gehabt habe, die schwere Verantwortung der Erbschaft Giolitti's auf sich zu nehmen, und daß durch energische Bekämpfung der Umstürzbewegung dem Vaterlande die treuesten Dienste geleistet habe.

Die Unterstützung Bonghi's dürfte Crispi in seinen eigenen Reihen mehr Anhänger kosten als zuführen. In diesem Sinne ist die Erklärung Bonghi's mit Genugthuung zu begrüßen. —

Portugiesische Kolonialfreuden. Die „Times“ melden aus Kapstadt von gestern, nach Berichten aus der Delagoabai haben die im Aufbruch befindlichen Eingeborenen portugiesische Kanonenboote an dem Flusse Incomati angegriffen und den ersten Offizier der „Reinha do Portugal“ getödtet. —

Albanisches. Aus Cetinje wird telegraphirt:

Nach hier eingelaufenen Meldungen ließ der Gouverneur von Albanien sämtliche albanischen Häuptlinge wegen Insubordination und zweideutigen Benehmens verhaften. —

Die Amnestie der russischen Agenten in Bulgarien. Aus Sofia wird gemeldet:

Die Sobranje hat den Erlaß einer allgemeinen Amnestie beschlossen, von welcher nur Minister, welche seit 1883 in Ausübung ihrer Funktionen die Gesetze verletzten, sämtliche gemeinen Verbrecher und die militärischen Offiziere, welche bei der Einführung des Fürsten Alexander am 9. 21. August 1886 theilhaftig gewesen, ausgeschlossen sein sollen. Jantow und Karawelow sind somit in die Amnestie einbezogen.

Charakteristisch für die Amnestie ist, daß Jantow in dieselbe einbezogen wurde. Er war der eifrige und in seinen Mitteln am wenigsten wählerische Agent der russischen Regierung, dessen offen ausgesprochener Zweck stets der Umsturz der bestehenden Ordnung in Bulgarien war. —

In Bulgarien hat der russische Rubel einen Theil seines alten Gebietes sich wieder erobert. Es finden dort seit einigen Wochen Versammlungen statt, welche für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Mazedonier und der Armenier Partei ergreifen. — Rundgebungen, deren Zweck klar zu Tage tritt, wenn man bedenkt, daß diese „Unabhängigkeitsbestrebungen“ wesentlich Werk der russischen Rubels sind. Die türkische Regierung hat es schon für nöthig erachtet, in Sofia gegen diese Wagenschaften zu protestiren. Und nach Petersburg hat sie einen außerordentlichen Votschaster geschickt, der dort betreffs der Vorgänge in Armenien Aufklärungen gegeben und wohl auch gefordert hat. Jedenfalls ist es, wie wir das gleich bei Beginn des Jahres über die „armenischen Gräuelt“ ausführten, den Agenten Aufstands gelungen, eine neue „Gag“ gegen die Türkei in Szene zu setzen. —

In Rußland scheinen in den leitenden Verwaltungsstellen und diplomatischen Posten Personenveränderungen bevorzustehen. An stelle des Statthalters von Polen, Gurko, ist Graf Schuwalow ernannt worden, wodurch der Berliner Votschasterposten frei wurde. Der Minister der Verkehrswege, Krivoschein, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, der Rücktritt der Minister für die auswärtigen und inneren Angelegenheiten, sowie des Unterrichtsministers soll bevorstehen. Von der Art der Neubesezung dieser Posten wird es abhängen, ob man von einem neuen Kurse in der inneren und äußeren Politik Rußlands sprechen kann. —

Der Berliner Bierboykott.

Am Sonntag beschäftigten sich nochmals einige Versammlungen mit den von der Boykottkommission aufgestellten Bedingungen, unter welchen die Aufhebung des Bierboykotts erfolgen sollte. Ueber die Versammlungen am 28. Dezember bringen wir noch zwei Berichte, da uns diese veripptet zugegangen sind.

In der Versammlung in Charlottenburg, die am 28. Dezember tagte, referirte Genosse Kiesel vor ungefähr 800 Personen. Nach einem kurzen Resümee über die letzten Verhandlungen empfahl der Redner in anbetrach der gegenwärtigen Verhältnisse, unter denen nicht mehr Zugeständnisse seitens der Bierbrauereien zu erlangen seien die Aufhebung des Boykotts. (Beifall Widerstand, vereinzelter Beifall.)

In der hierauf beginnenden Debatte ergriffen zunächst die Genossen Simons, Gade, Steinhart und Graup das Wort, die sämtlich für die Weiterführung des Boykotts eintraten, da ihnen die errungenen Vorteile eher eine Niederlage, als einen Sieg bedeuteten. Auch der folgende Redner Genosse Lutter verurtheilte das Vorgehen der Berliner Boykottkommission und ist der Meinung, daß der Kampf mit aller Schärfe weitergeführt werden müßte, um den koalirten Brauereien für die an den Ausgesperrten verübte Niedertracht, eine Lektion zu erteilen, die ihnen die Lust zur Wiederholung solcher Wahrgelungen ein für alle Mal benehmen würde. (Beifall Beifall.) Genosse Kiesel schloß zunächst die Wirkung des Boykotts, sowie die Aufopferung der bei Durchführung und Kontrolle des Boykotts thätigen Genossen. Wenn man einen Vergleich zwischen den Forderungen, die wir am 18. Mai an die Brauereien stellten, und den jetzigen Abmachungen ziehe, so könne von einem Siege der Arbeiterpartei wohl kaum die Rede sein. Nachdem Redner noch einzelne Paragraphen des Statuts vom neuen Arbeitsnachweis, die den Brauereibesitzern sehr viele Hinterthüren offen ließen, so daß die jetzt Ausgesperrten wohl noch lange Zeit auf der Straße liegen würden, kritisiert hatte, appellirte er an das Ehr- und Solidaritätsgefühl der klaffenbewußten Arbeiterschaft und empfahl unter dem Beifall der Versammlung die Verwerfung der Berliner und Annahme unterstehender, im Anfang der Diskussion seitens der Charlottenburger Boykottkommission eingebrachten Resolution. Auch Genosse Bernick ist für die Weiterführung des Boykotts und meint bezüglich der drohenden Umstürzvorlage, daß wir wohl stark genug seien, beide Lasten, Boykott und Umsturz, auf unsere Schultern zu nehmen. Wenn man 12 Jahre unter dem Sozialistengesetz gekämpft und es ohne alle Fährnisse überwunden habe, so dürfe man zu einem solchen Frieden nie und nimmer die Hand bieten. Nachdem noch die Genossen Kube und Sellin die Ansicht des Referenten vertreten hatten, erhielt letzterer das Schlusswort und verurtheilte sich zunächst gegen den Vorwurf seitens einiger Genossen, daß er mit einem gebundenen Mandat zur Versammlung spreche, er habe genau so wie die Gegner bei der Aufhebung des Boykotts nur seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Redner vergleicht noch die Statuten des früheren und jetzigen Arbeitsnachweises und ist der Ansicht, daß die Brauereiarbeiter mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein könnten, man müsse sich auf die von Rösche und Singer unterzeichneten Abmachungen verlassen; würden diese seitens der Brauereien gebrochen, so würde selbstverständlich die Partei sofort von neuem für die Brauereiarbeiter eintreten. Redner empfiehlt nochmals unter großer Unruhe und fortwährenden Schlussrufen die Annahme der von den bekannten Genossen unterzeichneten Resolution. Redner mußte hier wegen der herrschenden Unruhe seine weiteren Ausführungen abbrechen. Hieran wurde mit allen gegen 60 Stimmen die Berliner Resolution verworfen und mit demselben Stimmverhältnis die nachfolgende angenommen: Die Boykottkommission von Charlottenburg ist mit dem Vorgehen der Berliner Boykottkommission nicht einverstanden. Sie empfiehlt der Versammlung, den Boykott nicht eher aufzuheben, bis sämtliche Forderungen der Brauer und Brauereiarbeiter bewilligt sind. Sie gelobt ferner, den Boykott mit aller Schärfe bis zu einem ehrbaren, für die Arbeiterschaft annehmbaren Frieden weiterzuführen.

Die am 28. Dezember in Schneider's Gesellschaftshaus, Belfortstraße 15, tagende Versammlung erregte sich wie alle übrigen gleichfalls eines großen Andrangs seitens der Parteigenossen, so daß schon lange vor 8 Uhr der Saal polizeilich abgesperrt wurde. Das Referat hielt Genosse Lätow. Redner giebt eine kurze Uebersicht über den bisherigen Verlauf des Kampfes. Die organisierte Arbeiterschaft hat in vollem Maße ihre Schuldigkeit gethan, sie hat mit wachsender Energie unter großen Opfern einen monatelangen Kampf gekämpft; wenn es nun auch nicht gelungen ist, den Gegner vollständig zu Boden zu werfen, so muß man doch anerkennen, daß das jetzt Erreichte nicht nur annehmbar, sondern höchst ehrenvoll für die Arbeiterschaft ist. Schon die Thatsache, daß ein von den Arbeitgebern errichteter Arbeitsnachweis einer großen Industrie besteht, der das Recht der Arbeiterschaft, ihre Organisation anzuerkennen, ist ein großer Fortschritt. Redner ist nicht der Meinung, daß der Arbeitsnachweis mit seiner Ergänzung durch die sieben von uns aufgestellten Bedingungen so werthlos ist, wie einzelne Genossen es hinstellen belieben. Wollte man von dem Standpunkt ausgehen, daß das Wort des Gegners nichts gilt, dann verliert man überhaupt jede Waffe, auf der man unterhandeln kann. Sache der organisierten Arbeiterschaft wird es sein, darüber zu wachen, daß das Unternehmertum an seinen Verpflichtungen nicht zu brechen und zu denken wagt. Ihn, Redner, selbst, sowie viele andere Parteigenossen befriedigt dieses Resultat auch nicht ganz, er nimmt deshalb die vielfach geäußerten Redensarten, wie Verrat, Ueberfall u. s. w., nicht gar so tragisch, es sind nur, allerdings sehr zu verurtheilende, Ausflüsse des Unbefriedigtseins. Würden wir aber jetzt, wo wir einen annehmbaren Frieden schließen können, nicht die Gelegenheit ergreifen, wir hätten sofort die öffentliche Meinung gegen uns, wir wären daher gezwungen, diesen Kampf unter ungünstigsten Verhältnissen fortzuführen. Redner erlöst daher die Versammlung, der Resolution für Aufhebung des Boykotts zuzustimmen. (Großer Beifall.)

In der Diskussion sprachen sich Walthert und Schulz sehr pessimistisch über die Zugeständnisse der Brauereien aus, plädierten aber doch für Aufhebung des Boykotts, die Versammelten zur Wachsamkeit und Stärkung der Organisationen auffordernd, während Lewin, eine von ihm eingebrachte Gegenresolution begründend, und Gendorfer, der sich zu einigen unqualifizierbaren Aeußerungen über die „politischen Führer“ verließ, für energische Weiterführung eintraten. Mehrere andere Genossen sprachen im Sinne des Referenten. In seinem Schlusswort wies Lätow unter dem Beifall der Versammlung die Ausführungen Gendorfers energisch zurück. Die Resolution wird sodann gegen eine kleine Minorität angenommen.

Als dritter Punkt stand die Berichterstattung der Zeitungskommission auf der Tagesordnung. Genosse Obliglo berichtete, daß die Kommission alle nöthigen Vorarbeiten beendet habe und die Expedition am 1. Januar unter Leitung des Genossen Mars in Funktion tritt. Pflicht eines jeden Genossen sei es nun, rege zu agitiren.

In Angelegenheit des Bierboykotts fanden am 30. v. M. im letzten Wahlkreis noch zwei Versammlungen statt.

An Stelle der Versammlung, welche am 28. v. M. im Kolberger Kellern nicht stattfinden konnte, fand am 30. v. M. in demselben Lokale eine Versammlung statt, die indessen nicht entfernt so gut besucht war, als die letztere; die „Unabhängigen“ stellten ein starkes Kontingent der schwachen Versammlung, auch waren die Brauer- und Arbeiter stark vertreten. Referenten waren Mattutat und Fischer. Ersterer trat zunächst der von einzelnen aus der Versammlung geäußerten Auffassung entgegen, daß bei der Nichtanmeldung der vorigen Versammlung eine „Schiedung“ obgewaltet habe. Aus dem Ergebnis der statt-

gehabten Versammlungen sei erschüttert, wie die Arbeiterschaft Berlin und der Umgegend über die Aufhebung des Boykotts geurteilt habe. Wenn auch zugegeben werden könne, daß wenige aus vollem freudigen Herzen für Aufhebung des Boykotts gestimmt haben, so sei doch maßgebend, daß in dieser Frage nicht das Herz, sondern der Verstand entscheide. Redner gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen, die zu dem Antrag der Boykottkommission geführt haben. In einzelnen Kreisen habe sich eine Gegenströmung bemerkbar gemacht (sehr richtig!), die künstlich geschürt wurde. Der Pessimismus der Brauerei-Arbeiter sei imangebracht, die jetzt gebotenen Friedensbedingungen seien wesentlich günstiger, als im Oktober (na, na!). Redner besprach diese Bedingungen und trat der Meinung entgegen, daß die Ringbrauereien ihre gemachten Versprechungen nicht halten würden. (Widerspruch.) In ihrem eigenen Interesse wären diese dazu gezwungen. Die Arbeiterschaft würde nicht ohne weiteres über das Ringbier fallen, sondern nach wie vor auf der Wacht sein, ob die ausgesprochenen Arbeiter nun auch wirklich von der Straße wegläßen. Der jetzige Arbeitsnachweis gebe den Arbeitern mehr Rechte, als Arbeitsnachweise anderer Branchen. In Arbeitsnachweisen, die sich in Händen der Unternehmer befinden, hätten die Arbeiter gar nichts zu sagen (sehr richtig!), sogar in verschiedenen Arbeitsnachweisen der Arbeiter hätten die Unternehmer mehr Rechte, als in dem in Frage stehenden Arbeitsnachweise der Brauereien. Redner erörterte diese Frage in eingehender Weise und kam nach Darlegung der Friedensbedingungen zu dem Schluß, daß bei ruhiger Überlegung jeder der Boykottkommission recht geben müsse. Zur Aufhebung des Boykotts sei die Kommission gekommen lediglich aus der Erwägung, daß die Situation für die Brauereiarbeiter sich durch Fortführung des Boykotts nur ungünstiger gestalten müsse. Die Zahl der Arbeitslosen müsse sich naturgemäß immer mehr vermehren. Ein ungeheurer Leichtsinns wäre es, der Aufhebung des Boykotts nicht zuzustimmen, dem Antrag der 94 Genossen, die zu den besten in der Partei zählen (Oh! Widerspruch), nicht die Sanction zu erteilen.

Eingelassen waren vier Resolutionen, von denen sich drei für Aufrechterhaltung, eine für Aufhebung des Boykotts aussprachen. Ein Unabhängiger beantragte, aus dem Referat Fischer's zu verzichten. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Fischer wies darauf hin, daß man vor einer vollendeten Thatlage sich befinden und daß es sich jetzt darum handle, Disziplin zu halten. (Aha!) Daß jeder und Genossen einen anderen Standpunkt einnehmen, sei erklärlich, denn diese Herren seien keine Parteigenossen (große Unterbrechung), als „Unabhängige“ hätten sie seit Jahr und Tag nur den einen Zweck, die Partei zu schädigen und zu diskreditieren und von dieser Absicht gehen auch ihre jetzigen Anträge aus. Redner wies weiter darauf hin, daß die beiden Gegner in dem Birktriede gegenseitig ihre Kräfte als gleich stark erwiesen haben. Anders wäre die Sache, wenn die gesamte Arbeiterschaft den Boykott konsequent durchgeführt hätte. (Sehr richtig.) Die Indifferenten, die bisher nicht für den Boykott zu gewinnen waren, seien jetzt schon lange nicht mehr zu gewinnen. Alle Umstände sprächen für Aufhebung des Boykotts unter für die Partei ehrenvollen Bedingungen. Es sei ein ganz gewaltiger Sieg, den die Arbeiterschaft errungen habe. (Huh!) Der Plan, welcher der Aussperrung zu Grunde lag, die Arbeiterorganisationen zu zerstören, sei mißlungen und die stärkste Unternehmerkoalition, mit Millionen zur Verfügung, zur ausdrücklichen Anerkennung der Gewerkschaft und des Rechts der sozialdemokratischen Agitation gezwungen worden. Die Antragsteller (Zuruf: Genossen erster Klasse!), die nicht Parteigenossen erster oder zweiter Klasse seien, die aber das Vertrauen der Parteigenossen besäßen (Weisfall), würden der Arbeiterschaft nichts zumuthen, was gegen ihr Interesse oder gegen ihre Ehre verstoße. Redner empfahl die Annahme des Antrages und Ausführung des erfochtenen Sieges bis zur Erreichung aller ursprünglichen Forderungen. (Weisfall.) Jeder erklärte, man habe sich in der Frage des Boykotts nicht nur an die Parteigenossen gewandt, sondern an die gesamte Arbeiterschaft. Er sei Sozialdemokrat, wenn auch nicht mit der Parteilastik einverstanden. Einen Sieg der Arbeiterschaft in dem Birktriede konnte Redner nicht anerkennen. Der Arbeitsnachweis, der vor dem Boykott bestand, sei viel besser gewesen, als der jetzige, an dessen Bestimmungen Redner eine lange Kritik übte. Er trat für die ursprünglichen Forderungen, besonders den 1. Mai, ein und schloß: Für ihn sei der Boykott nicht aufgehoben trotz der Versammlungsbeschlüsse. Thal hielt den Friedensschluß für über's Knie gezogen (sehr richtig). Der Arbeitsnachweis fand in keiner Weise den Beifall des Redners. Ein großer Fehler der Boykottkommission sei es gewesen, ohne die Öffentlichkeit zu fragen, bindende Abmachungen zu treffen. Der Arbeiterschaft sei dadurch das Messer an die Kehle gesetzt. Ludwig sprach sich gleichfalls gegen den Friedensschluß aus und maß dem Arbeitsnachweise keinen Werth bei. Ein Brauerei-Arbeiter wandte sich sehr energisch gegen die Ausführungen des Referenten. In der bürgerlichen Presse sei von einem Siege der Arbeiter nichts zu lesen, im Gegentheil, bei Keller hätten Antifeministen und Beauftragte der Ringbrauereien für Aufhebung des Boykotts gestimmt. Die Arbeiter hätten eine Niederlage erlitten. Derselben Meinung war Gräb. Brinkman war mit dem Erfolge des Kampfes nicht zufrieden, machte aber hierfür die Arbeiterschaft verantwortlich. Die Aufhebung des Boykotts hielt er für notwendig. Die Partei müsse Wagh gewinnen für andere Aufgaben. Walther hielt den angeblichen Sieg für problematisch und die Bestimmungen des Arbeitsnachweises für werthlos. Die Umstände machten aber eine Aufhebung des Boykotts notwendig. Auf demselben Standpunkte stand Agram, während Träger sich lang und ausführlich gegen den Arbeitsnachweis und dessen Bestimmungen wandte. Zweifelhaft sei, ob die Mehrheit der Arbeiterschaft für die Aufhebung des Boykotts gestimmt habe. Man solle den Arbeitern nicht Sand in die Augen streuen. Eine Ablehnung der Aufhebung des Boykotts würde bei den Brauereiarbeitern auf keinen Widerspruch stoßen. (Bravo.) Jacoby vertrat den Standpunkt der Referenten. John erklärte den Boykott noch nicht für aufgehoben, da hätten noch andere Versammlungen mitzusprechen. Zum Schluß rechtfertigte Tauschel nochmals die Aufhebung des Boykotts unter großem Widerspruch.

Nach dreißigminütiger Debatte nahm Fischer das Schlusßwort. Er widerlegte die gemachten Einwände und schilderte eingehend die Interessenfreise, die bei der vorliegenden Frage thätig und engagiert seien. Die Genossen aber hätten das eine Interesse der Partei zu wahren. Er empfahl die Annahme der Resolution Endrikati's, die von dem Gedanken ausgehe, daß uns zwar nicht Kampfeslust zur Weiterführung des Boykotts mangle, daß aber die Friedensbedingungen ehrenvoll und günstig seien. Die Resolution wurde sodann mit 95 gegen 91 Stimmen angenommen und lautet:

„Die heutige im Kolberger Salon tagende öffentliche Volksversammlung ist zwar im Prinzip für Aufrechterhaltung des Boykotts, hält aber nach dem vorliegenden gedruckten Antrag dafür, den Boykott als beendet zu betrachten. Die organisierte Arbeiterschaft verpflichtet sich aber, diejenigen Gahwithe und Saalhaber auch fernerhin zu unterstützen, welche während des Boykotts den Arbeitern zur Seite gestanden haben. Ferner hält es die organisierte Arbeiterschaft für nöthig, die Vergütungen einzuschränken, um dann um so wirkungsvoller die Saalfrage zu regeln.“

Die Versammlung im Reichert'schen Saale in der Müllerstraße, die am Sonntag tagte, war ziemlich schwach besucht. Hier sollten auch die Genossen aus Kleinendorf, denen in ihrem Wohnorte kein Lokal zur Verfügung steht, Stellung zur Beendigung des Boykotts nehmen. In wirkungsvoller Weise führte der Referent Genosse Wagner nochmals alle Momente vor, die dafür sprachen, daß sich die

Auswärtigen der großen Majorität der Berliner Genossen und dieser Frage unterordnen, und die Aufhebung des Boykotts ihrerseits ebenfalls gutheißen. Die Rede wurde mit getheiltem Beifall und Widerspruch aufgenommen. Ein dem entsprechenden Bild gab auch die Diskussion.

Gastwirth Gärtners führte Klage, daß seine Gewerkschaft (Brauerei) vor der Einleitung der Verhandlungen nicht informiert worden sei. Der Redner bringt ein Amendement zu dem vorliegenden Antrage ein, nach welchem den Brauereien die Wahl der Arbeitskräfte erst freigelegt werden solle, nachdem die „33“ ohne Bedingung eingeleitet sind. Dagegen soll der Prozentsatz der ohne Benutzung des Nachweises einzustellenden Arbeiter auf die Hälfte reduziert werden; außerdem soll der Prozentsatz jeder einzelnen Kategorie von Arbeitern (Brauerei, Böttcher und Hilfsarbeiter) angegeben werden, da anderenfalls die Gewähr nicht gegeben sei, daß eine oder die andere Kategorie benachteiligt würde. — Den Vorwurf, als ob durch die Interessen des Antiringes gewissermaßen Stimmung gemacht werde, glaubte Schankwirth Marten zurückweisen zu müssen; Böttchermeister Müller versuchte den Nachweis zu führen, daß die Böttcher durch die Partei in den Kampf gedrängt seien. Freithaler trat energisch für die Beendigung des Birktriede ein. Der Referent hielt es für durchaus wünschenswert, daß die Parteibeschlüsse möglichst einstimmig gefaßt werden; in ausführlicher Weise fertigte der Referent die Einwände der anderen Redner ab und kam zu dem Schluß, daß jeder überzeugte Genosse die Aufhebung des Boykotts warm befürworten könne. — Die Abstimmung hatte das Resultat, daß der Antrag der Boykottkommission gegen eine starke Minorität mit folgendem Zusatzantrag angenommen wurde:

„Die Versammlung beschließt, den Boykott aufzuheben, sobald die Brauereien sich verpflichten, in erster Linie nur die ausgesperrten in Arbeit zu nehmen, den vorgesehenen Prozentsatz auf die Hälfte zu verringern und für jede Arbeiterkategorie allein zu berechnen.“

Niedorf. In einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung, die am Sonntag hier stattfand, wurden die Verhandlungen über die Aufhebung des Bierboykotts fortgesetzt, welche am 28. d. M. wegen der Polizeistunde nicht zu Ende gekommen waren. Redner sprach für die Aufhebung des Boykotts. Der Boykott würde verfallen und seine Aufrechterhaltung zugleich die Widerstandskraft der Arbeiterbewegung gegenüber den bevorstehenden Bedrängnissen schwächen. Unter lebhaftem Beifall empfiehlt Redner der Versammlung, nach reiflicher Überlegung in objektiver Würdigung der Sachlage ihr Votum abzugeben. Bezüglich der Saalsperre wies er auf den Beschluß einer Niedorf'schen Volksversammlung hin, auch nach Aufhebung desselben die Herren Saalverweigerer nicht zu belästigen. Der Beschluß sei zu beachten; wollten die Herren die Sperre aufheben, sei das ihre Sache. (Bravo.) — Die Unabhängigen Benk (der erst alle Gemahregelten eingeleitet wissen will), Schröder und P. Meier sprachen sich für die Aufrechterhaltung des Boykotts aus, indem sie betonten, daß derselbe als wirtschaftlicher Kampf tausendfach werthvoller sei, wie die politische Betätigung. Der letztgenannte besonders brachte das bekannte geschmackvolle Schlagwort vom „Wahlrumpf“ wieder einmal zu Ehren, führte dann den Antrag auf Beendigung des Boykotts auf die Abkürzung zurück, „die Parteiliste fällen zu wollen“, und warf schließlich Singer vor, daß er die Niedorf'sche Arbeiterschaft „mit Redensarten zu fangen gesucht habe“. Diese liebliche Art der Meinungsäußerung rief stürmische Szenen hervor, so daß der überwachende Beamte mit der Versammlungsausschließung drohte. Wie die drei vorher genannten verließ sich auf Pfeiffer, der sich ebenfalls für die Weiterführung des Birktriede erklärte, auf die Forderung der Majorität, die aufrecht zu erhalten wäre. — Meier II verhehlte sich nicht, daß an der allgemeinen Aufhebung des Boykotts nichts mehr zu ändern sei, drückte aber dennoch den Wunsch aus, jeder Zielbewußte möge am Boykott festhalten. — Domscheid beantragt, Singer nicht das Schlusßwort zu geben, sondern ihn wie jeden anderen Diskussionredner zu behandeln, da, wie er meinte, mehrere Berliner Versammlungen gerade durch die Schlagworte der Referenten beeinflusst worden seien, für die Aufhebung des Boykotts zu stimmen. Die Mehrheit der Versammelten reagierte hierauf mit heftigen Unwillensbezeugungen. Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt. — Schneider (Mitglied der Kommission der Brauerei-Arbeiter) wiederholt seine Ausführungen vom letzten Freitag und macht der Boykottkommission zum Vorwurf, daß sie die fünf ersten Friedensbedingungen allein ausgearbeitet habe, ohne davon der Kommission der Brauerei-Arbeiter Mitteilung zu machen. Besonders schwer rechnete er Hilpert diese Unterlassung an, welche er als „an Verrat grenzend“ bezeichnet. — Hilpert verwahrte sich energisch dagegen und verwies darauf, daß an der Konferenz, die über die Vorschläge der Boykottkommission zu befinden hatte und in der thatsächlich noch zwei Punkte den vorgeschlagenen Friedensbedingungen angesetzt wurden, die meisten Mitglieder der Brauereiarbeiter-Kommission theilnahmen, ohne daß von ihrer Seite irgend ein Punkt beanstandet worden sei. Die Herren, welche in den Versammlungen jetzt große Oppositionsreden hielten, hätten sich nicht einmal an der Abstimmung betheiligt. — H. Richter führt als Grund gegen die Aufhebung des Boykotts unter Bezugnahme auf den neuen Arbeitsnachweis an, daß die Pakenhofer Brauerei in den letzten Tagen schnell acht Mann eingestellt habe. Redner wünscht den Boykott aufrecht zu erhalten. — Thomas wendet sich scharf gegen Richter und Schneider, welche letzterer als Dant die opferfreudigen Genossen beschimpfte, die Tag und Nacht für die Aufsperrten auf den Beinen gewesen seien. Die Niedorf'schen hätten absolut keine Veranlassung, sich auf hohe Pferde zu setzen, nachdem in Berlin der Boykott aufgehoben sei. Dieser sei gerade von der Niedorf'schen Arbeiterschaft nicht besonders rühmlich durchgeführt worden. Richter wollte über zum Vorwurf machen, daß derselbe in der Versammlung sei und komme doch selbst aus Dranienburg, wo er arbeite. J. Meier sprach seine Verwunderung darüber aus, daß so vielmal Aufsch genommen werde an dem Falllassen erst aufgestellter Forderungen und fragt, ob es denn das erste Mal sei, daß Arbeiter ihre Forderungen nicht strikte durchzuführen könnten und mit einem Ausglick fürlieb nähmen, bei dem jeder Gegner etwas nachgibt? Des Vergleichs mit den Ringbrauereien bediene sich die Arbeiterschaft wahrlich nicht zu schämen. Falsch sei die oft gehörte Behauptung, der Antrag auf Aufhebung des Boykotts gebe aus dem Bestreben hervor, den wirtschaftlichen Kampf zu gunsten des politischen fallen zu lassen. Gewiß solle nicht geübelt werden, daß die politische Situation mitbestimmend gewesen sei; aus Schlage aber war sie nicht. Hauptächlich entsprang der Antrag der Erkenntnis, bessere Bedingungen wären unerreichbar. Klar sei, daß mit der zunehmenden Dauer des Boykotts mit innerer Nothwendigkeit die Lust sich schwinde, ihn nachdrücklich durchzuführen. Auf Schneiders Vorwürfe antwortete Redner, es grenze an Unaufrichtigkeit, in Versammlungen von „an Verrat grenzend“ zu sprechen, wenn man in der fraglichen Konferenz nicht einmal den Muth hatte, gegen die bekämpfte Stipulation der Boykottkommission zu sprechen und auch nicht dagegen zu stimmen. Was die Aufstellung der Bedingungen durch die Boykottkommission angehe, so sei es doch nur eine Vorlage für die Verhandlungen der Konferenz der verschiedenen Arbeitervertreter gewesen, welche man dieser zur Begutachtung unterbreitete, und selbst Schneider habe ja zugeben müssen, daß infolge der Verhandlungen noch zwei neue Bedingungen (6 und 7) hinzugefügt wurden. (Lebhafter Beifall, Protestrufe.) Der Referent, Genosse Singer, wandte sich im Schlusßwort energisch gegen die der Boykottkommission und den Betheiligten

gemachten Vorwürfe, vornehmlich gegen die, daß die Arbeiterschaft Berlin und besonders die Aussperrten geduldet und überumpelt worden seien. Auch nicht eine Spur von geheimen Abmachungen lasse sich nachweisen. Wer sage, daß irgend welche Abmachungen nebenbei getroffen seien, der sage es wider besseres Wissen und Lüge. Werde die Saalsperre aufgehoben, dann würde, so glaubt Redner annehmen zu können, die Arbeiterschaft nur die Lokaltäten benutzen, deren Inhaber nicht nur die bekannten Bedingungen der Arbeiter bezüglich Kellner und Musik erfüllen, sondern die ihr auch sonst in verschiedener Hinsicht paßten. — Nicht solle die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Bewegung der politischen untergeordnet werden; aber auch die politische wolle man nicht unter die gewerkschaftliche stellen: beide brauchten ihre gegenseitige Unterstützung. Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Partei Sturm zu laufen habe gegen die Reaktion, dürfe die Arbeiterschaft Berlin und der Umgegend nicht hinten zusehend stehen bleiben, um des Boykotts willen. Die Majorität sei, wie schon gesagt, eine Majorität. Ungeachtet wäre es, wenn der Kampf für den 1. Mai von einer Gewerkschaft arrangiert werde, die ihre Kollegen nicht mal eine Woche über Wasser halten könne! — Indem Redner die von verschiedenen Seiten verkleinerte Bedeutung des errungenen Nachweises streift, den er für einen sozialpolitischen Erfolg ersten Ranges erklärt, verweist er auf die Stimmen der offiziellen und der vom Großkapital inspirierten Presse zum Beweise für die hohe Bedeutung der seitens der Brauereibesitzer gemachten Zugeständnisse. Aber auch die Ansicht eines Mannes vermöge er, fährt Singer fort, der Versammlung zu unterbreiten, der in Arbeitkreisen wohl etwas gelte: die Friedrich Engels. In einem Briefe schreibe derselbe aus London mit Bezug auf die Friedensbedingungen: — — — übrigens sind eure Bedingungen sehr günstig. Die englischen Arbeiter würden so hoch springen wie die Paulisturche ist, wenn sie einen Arbeitsnachweis erhielten, der die Bourgeois zwingen kann, die Weigerung der Annahme eines Arbeiters entweder vor einem Schiedsgericht zu rechtfertigen oder denselben zu nehmen etc.“ — Diese Bedingungen habe aber die Arbeiterschaft der stärksten Unternehmerorganisation abgerungen. Eindringlich ermahnte dann Redner die Versammelten, sich nicht durch einzelne zu eigenhändigen Beharren beim Boykott bestimmen zu lassen, sondern sich den Berliner Versammlungen anzuschließen. (Stürmischer Bravo.) Auf eine Frage Richters bemerkte Singer noch, daß er, wenn dessen Mittheilungen, betreffs Pakenhofer wahr seien, jenes Verhalten energisch verurtheilen müsse. Darauf wurde die Aufhebung des Boykotts auch für Niedorf mit ca. 700 gegen etwa 40 bis 50 Stimmen angenommen.

Die Böttcher hielten am 30. Dezember in Zubeil's Saal, Lindenstr. 106, eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu dem von den Ringbrauereien zu errichtenden Arbeitsnachweis. Das einleitende Referat hielt Neumann, der angesichts der gegenwärtigen Situation die Betheiligung an demselben, wie auch an der Wahl des Kuratoriums empfahl. Von einzelnen Rednern wurde dieser Zumuthung beifällig widersprochen und verlangt, daß die Brauereien den bestehenden Arbeitsnachweis der Böttcherorganisation anerkennen hätten. Andere Redner gaben den Rath, den eigenen Nachweis hochzuhalten, sich aber auch an dem der Brauereien zu betheiligen. Ersterer hielt der Referent schon mit Rücksicht auf die in anderen Branchen arbeitenden Böttcher für selbstverständlich. Daß es bei der sehr eingehenden Debatte nicht ohne Seitenhiebe auf die Boykottkommission abging, ist bei der keineswegs rosigten Stimmung unter den ausgesperrten Böttchern sehr leicht begreiflich. Rath-Hamburg vom Ausschuss und Sander-Bremen vom Vorstand des Zentralvereins der Böttcher und weitere Redner versuchten ihr mögliches, die aufgeregten Gemüther zu besänftigen, in dem sie den ausgesperrten und der Kommission empfahlen, zu retten was noch zu retten ist, zunächst gelte es, die Arbeitslosen so gut wie möglich unterzubringen, dann aber mit neuem Muth die Organisation zu kräftigen, um gegebenenfalls die verlorenen Positionen zurückerobern zu können. Der Kommission wurde am Schluß der Debatte der Auftrag erteilt, mit dem Verein der Brauereien nochmals in Unterhandlung zu treten, und zu versuchen, die Anerkennung des Nachweises der organisierten Böttcher zu erlangen bezw. einige Zugeständnisse in dem Statut des zu errichtenden Nachweises zu erringen. Gelingt das nicht, so werden sich die Böttcher dem Arbeitsnachweis des Vereins der Brauereien anschließen, indessen auch den ihrigen hochhalten und für seine weitestgehende Benutzung Sorge tragen. — Auf Antrag Neumann's wurde der zur Zeit aus vier Mitglieder bestehenden Kommission das Recht der Kooption erteilt. — Eine neue Diskussion entspann sich über die Frage der Hochhaltung des Tarifs in den ringirenen Brauereien und den von diesen beschäftigten Fabriken und Werkstätten. Zunächst soll abgewartet werden, ob die Meister mit Abzüge herantreten; geschieht es, dann wird diese Angelegenheit in einer Vereinsversammlung ihre Erledigung finden. Hierauf wurde nochmals über die schnelle Beilegung des Boykotts und der von den Referenten der letzten Volksversammlungen den Böttchern und Brauerei-Arbeitern gegenüber vorgelegte Standpunkt debattiert. Die Redner behaupteten, der Arbeitsnachweis der Ringbrauereien sei übereinstimmend in den Himmel erhoben worden, so daß es den Anschein erwecke, es ist alles „bestellte Arbeit“ gewesen. Die Spitzen der Partei seien das bekritten noch vom Ausnahmegezet her gewöhnt, dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden und es beantrage eine Mißbilligung der Handlungsweise Singer's auszusprechen. (Anstimmung.) Rath-Hamburg nahm die Referenten der letzten Boykottversammlungen in Schutz, die sicherlich recht hatten, wenn sie die schwache Betheiligung der deutschen Arbeiter im allgemeinen an der Gewerkschafts-Organisation getadelten; im weiteren trat er für thätigste Unterstützung der übrigbleibenden Aussperrten ein. Auf die Abstimmung des Mißbilligungs-Antrages verzichtete der Antragsteller, wünschte aber die Aufnahme in den Bericht des „Vorwärts“. — Die von Rath-Hamburg gerügte Vernachlässigung der Pflichten der Berliner Böttcher-Filiale gegenüber der Hauptkassette veranlaßte einen Antrag: den seit 8 Monaten ausgesperrten ihre Beiträge zu erlassen. Der Antrag wurde indeß, als nur vor das Forum einer Vereinsversammlung gehörig, vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gebracht. Nach Aufforderungen zum Anschluß an die Zentral-Krankenkasse und zur Betheiligung der am Neujahrstag bei Keller (Koppenstr. 29) stattfindenden Matinee fand die Versammlung ihren Schluß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Deveschen.

(Deveschen-Bureau Herald.)

Salzburg, 31. Dezember. Gestern wurde hier ein von Ausländern zahlreich besuchter Sozialistenkongreß eröffnet. Der bekannte Agitator Loserth besprach in längerer Rede die Ziele, welche die Sozialisten im Auge haben.

Mailand, 31. Dezbr. Cavallotti, welcher gestern aus Paris hier eintraf, wurde auf dem Bahnhof von einer dichtgedrängten Menschenmenge mit lebhaften Ovationen empfangen. Vielfach erschollen die Rufe: „Hoch Cavallotti! Nieder mit Crispi und den Dieben!“ Vom Fenster seiner Wohnung aus, nach welcher ihn die Volksmenge begleitet hatte, hielt Cavallotti eine Ansprache, in welcher er besonders der Hoffnung Ausdruck gab, daß Italien, welches schon so viele Schlachten gewonnen habe, auch jetzt, wo seine Ehre auf dem Spiele stehe, den Sieg davontragen werde. Mehrere Personen, welche feindselige Rufe gegen den König ausgesprochen hatten, wurden verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 1.

Dienstag, den 1. Januar 1895.

12. Jahrg.

Tokales.

Die juristische Sprechstunde wird am Mittwoch von 7 bis 8 Uhr abends abgehalten.

Achtung, Parteigenossen! Hiermit bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß mit dem Aufhören des Bierboikotts die Saalsperre für die Berliner Arbeiterschaft nicht erledigt ist. Wir ersuchen, nach wie vor nur die auf untenstehender Liste verzeichneten Säle zu benutzen und es der Lokalkommission zu überlassen, mit denjenigen Saalbesitzern zu verhandeln, welche ihre Säle zu allen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterversammlungen hergeben wollen und sich verpflichten, bei Abhaltung von Arbeiterfestlichkeiten in ihren Räumen das Bedienungspersonal und die Musiker von dem Arbeitsnachweis der betreffenden Organisationen zu entnehmen.

Berliner Lokalliste.

1. Wahlkreis. Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
2. Wahlkreis. Zubeil, Lindenstraße 106. Specht, Marienstraße 28. Kray, Schönhauser Allee 6.
3. Wahlkreis. Möhring, Admiralsstr. 18c. Tuhauer, Admiralsstr. 98. Schneider, Annenstr. 16. Wienecke, Alte Jakobstr. 83. Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Lange, Koutenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstr. 87. Schmiedel's Festäle, Alte Jakobstr. 92. Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Dranienhallen, Dranienstr. 51. Stehmann, Reichstraße 15.
4. Wahlkreis (Osten). Nebelin, Langestraße 108. Tempel, Langestr. 65. Nies, Weberstr. 17. Wolzmann, Lichtenbergstr. 16. Heise, Lichtenbergstr. 21. Fiebig, Große Frankfurterstr. 28. Breuer, Große Frankfurterstr. 74. Bus, Große Frankfurterstr. 85. Albrecht, Memelerstr. 67. Wille, Androasstr. 26. Glyfium, Landsberger Allee 40/41. Gabel, Landsberger Allee. Feindt, Weinstr. 11. Robert Schneider, Proskauerstraße. Gesellschaftshaus, Mühlendörferstraße. Königsbad-Kasino, Holzmarktstr. 72. Keller, Kopenstraße. Freischütz, Fruchtstraße.
4. Wahlkreis (Süd-Osten). Ulrich, Waldemarstraße 75. Döberstein, Mariannenstraße 31/32. Rau, Stalischerstr. 128. Hoffmann, Dranienstr. 180. Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Röll, Adalbertstr. 21. Saueremann, Adalbertstr. 8. Henke (Renz), Raumnstr. 27.
5. Wahlkreis. Bräning, Rosenthalerstr. 12. Neumann, Linsenstr. 19. Meißner, Linsenstr. 142. Buhle (Seefeld) Genadierstr. 33.
6. Wahlkreis. Jägerhaus, Schönhauser Allee. Gröllig, Schönhauser Allee. Kelle, Schönhauser Allee 28. Schneider's Gesellschaftshaus, Veltorferstraße 14. Stämke, Adersstr. 123. Neumann, Lohndale, Basewalkerstraße 3. Hübner, Ewinmündelstr. 35. Road's Festäle, Brunnenstr. 16. Gröndel, Brunnenstr. 188. Feiß, Brunnenstr. 198. Behlig, Bergstr. 12. Reichert, Müllerstraße 7. Kolberger Salon, Kolbergerstraße. Wille, Hochstraße. Krang, Viktoriagarten, Badstraße, Gesundbrunnen. Hochstadt-Kasino, Gerichtstraße. Viktoria-Salon, Verlebergerstr. 13. Moabit. Wedding-Kasino. Schüler, Seefstr. 30.

Obige Saalbesitzer stellen der Arbeiterschaft ihre Säle unentgeltlich zur Verfügung.

Alle Zuschriften, die Lokalliste betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.

Die Lokalkommission.

J. A.: Carl Scholz, Brangelfstr. 32.

Arbeiter, Parteigenossen von Charlottenburg! Da die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft von Berlin und der Umgebung in den am 28. Dezember abgehaltenen Versammlungen die Aufhebung des Boykotts beschlossen hat, so ersuchen wir die hiesigen Parteigenossen, trotz der von ihnen in der Versammlung angenommenen Resolution, den Boykott als aufgehoben zu betrachten. Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft Charlottenburgs mit dieser unserer Aufforderung einverstanden ist und nehmen daher von der Einberufung einer neuen Versammlung Abstand. Die Boykottkommission.

Die Aufhebung der Saalsperre ist gestern Nachmittag in einer äußerst schwach besuchten Versammlung der Saalbesitzer beschlossen worden. Nur ca. 150 Personen hatten dem Rufe des Herrn Jacobi Folge geleistet, und das mag auch wohl der Grund mit gewesen sein, daß sich dieser durch den Boykott

zu eigenartiger Verärgertheit gelangte Weinändler in seiner Barbeiligkeit gegen die Sozialdemokratie so vollständig gehen ließ. Schmeicheleien bekam die Saalkommission nicht gerade viel zu hören; ein Redner fragte in der Diskussion nach den geheimen Abmachungen zwischen den Brauereien und der Saalkommission, eine Vorwürfsliste, die Herrn Jacobi natürlich gewaltig in Harnisch brachte. Daß der Verein der Saalbesitzer gegenwärtig nicht im Stande sei, das Geringste durchzusetzen, wurde allseitig zugegeben; die Brauereien, so wurde erklärt, sollen sich dahin geeinigt haben, allesamt, soweit ihre Desonomen in Frage kommen, dem Verein beizutreten.

Herr Jöhl aus der Androasstraße schien große Befürchtungen zu haben, daß er mit Gefechen von Seiten der Arbeiter überlaufen würde. Er will sich in jedem einzelnen Fall vorbehalten, welches Geschäft für ihn alspektabel erscheint, „unterscheiden“ will er nicht. Das gleiche erklärten einige andere Redner, von den Inhabern größerer Säle äußerte sich niemand. — Dem Herrn Jöhl, der die wunderbare Behauptung aufstellte, die Sozialdemokratie sei ohne die Saalbesitzer überhaupt nicht in der Lage, ihre Kassen zu füllen, sekundierte Herr Jacobi mit dem üblichen Stich ins Komische. Er hofft, daß die Umsturzvorlage die Würthe von dem Alp Sozialdemokratie befreien wird; daß er es unter seiner Würde hält, mit der Lokalkommission zu verhandeln, sei der Kuriosität halber eingeschaltet. Dies „Gefindel“, meinte der sonst recht joviale Mann in unbegreiflich übler Laune, könne gar nicht genug gelächelt werden. Das Geld, was für die Saalbesitzer eingelaufen ist, will Herr Jacobi nicht an den Verein der Saalbesitzer abliefern, und so wurde schließlich die Saalkommission für unbestimmte Zeit als Vertretung der Saalbesitzer befristet.

Den Beschluß der Versammlung bildete eine rührende Szene. Zunächst wurde allen staatsfeindlichen Elementen, welche die Saalbesitzer unterführt haben, gedankt, darauf erhob sich die Versammlung zu Ehren des Herrn Jacobi von den Plätzen. Ein Mitglied bemerkte, daß Herr Jacobi diese Ehrung schon verdiente, weil er sich so oft im Interesse der Saalbesitzer von denen habe aus der Tür komplementieren lassen, die von ihm im Interesse der Saalbesitzer um milde Gaben angesprochen seien. Das letzte Hoch galt dem deutschen Kaiser, der sich, wie mitgeteilt wurde, bislang jeden Tag über die Lage der armen Saalbesitzer Bericht erstatten ließ.

So trugen die Saalbesitzer ihre meist so stolzen Hoffnungen zu Grabe.

Der Ausgang des Bierboikotts hat bekanntlich eine bestimmte Kategorie der gegnerischen Presse veranlaßt, das Motiv zum Friedensschluß in der eigentlichen politischen Situation zu suchen. Der Brauerering benutzt diesen Anlaß, in Kiefenannonnen bagegen Stellung zu nehmen und dabei zugleich die Ansicht zu bekämpfen, daß das Ende des Boykotts eine Niederlage der Brauereien bedeute. Interessant in dieser akademischen Erklärung ist die nachträgliche elegische Klage, daß den Ringbrauereien aus den Reichen des Bürgerthums keinerlei materielle Unterstützung zugeflossen sei und daß sie große Verluste ertragen, die niemals wieder ausgeglichen werden können. Das läßt die Hoffnung beträchtlich erscheinen, daß die Herren sobald nicht wieder in solch frivoler Weise mit der Berliner Arbeiterschaft einen Streit vom Zaune greifen.

Von der Verwendung der Weihnachtsgeschenke im königlichen Untersuchungsgefängnis zu Moabit. Was ist wohl trauriger als der Weihnachtsabend eines Gefangenen. Vom Elternhause, von Weib und Kind ist er gerissen und einsam, in banger Erwartung harret er der Aburtheilung über vermeintliche oder wirkliche Vergehen. Da rückt die hohle Weihnacht heran; die Erinnerungen an seine Kindheit, an seine Lieben daheim werden doppelt in ihm wach und schmerzhaft die Verzweiflung über ihn kommen, wenn nicht aus den Mitteln, welche milde Menschen spendeten, auch ihm ein schwacher Abglanz wirklicher Weihnachtsgeschenke bereitet würde. Es war gewiß ein Stück edelster Menschenfreundlichkeit, daß sich in dem Aufruf wiederholte, den Herr Hirsch, der Pastor des Untersuchungsgefängnisses kürzlich erst an unthätige Leute erlassen hatte. Dieß es doch in diesem von uns am 14. Dezember d. J. abgedruckten Schriftstück:

Das Weihnachtstfest, das Fest der Freude und der Liebe, da sich allerorten Hände zum Wohlthun wieder aushalten, naht, und da sei es dem gehoramt Unterzeichneten gestattet, auch Ihr Herz und Auge auf die oft in großer Noth befindlichen Angehörigen

unserer Gefangenen zu lenken und Sie zu bitten, durch Ihre Gabe zur Linderung des oft namenlosen Elends beizutragen. Es ist ja bekannt, daß die Arbeitslosigkeit auch im letzten Jahre nicht ab-, sondern vielmehr zugenommen hat. So manchem Familienvater ist es unmöglich gewesen, Verdienst zu finden, um den Seinen das tägliche Brot reichen zu können, und unser Gefängnis beherbergt so manchen, dem erst die bittere Noth zum Fallstrich geworden ist. Als er die nach Brot schreitenden Kinder nicht mehr länger hungern sehen konnte, als alle Hilfsmittel zum Unterhalt der Familie erschöpft und ein Stück des dürftigen Haushalts nach dem andern veräußert oder verkauft war, fiel er und vergriff sich an fremdem Eigentum.

Sind das nicht goldene Worte? Sie zeugen nicht allein von einem Herzen voll Liebe, sondern auch von einer tiefen sozialer Erkenntnis, wie man sie nur bei wenigen Theologen vorfindet.

Aber die Direktion des Untersuchungsgefängnisses Moabit scheint die Motive, aus dem die Geber ihre Gaben spendeten, in einer sehr seltsamen Weise mißverstanden zu haben. Der Geistliche will in diesem Falle nur die Angehörigen der Gefangenen am Weihnachtstabend aus den Gaben edler Leute erquiden. Die Direktion läßt die Wohlthaten aber den Gefangenen selber, und sie ließ sie in früheren Jahren nicht allein diesen, sondern auch ihren Mitgeschöpfen im weitesten Sinne, bis ins Thierreich hinunter zu kommen.

Im Jahre 1887 betrug die Einnahme für den Weihnachtstfond laut rechnerisch geprüften Verzeichnisses 411 Mark, eine an sich bescheidene Summe. Aber die große Mehrzahl der Gefangenen, die auch in der Freiheit schlimm unter sozialer Noth gelitten hat, ist ja auch an Bescheidenheit gewöhnt. So mochte es kommen, daß von dieser kleinen Summe noch ein recht ansehnlicher Posten übrig blieb. Für Tannenbäume wurden aus dem Fonds verausgabt 24,50 M., für Zwiebeln 30 M., für Zigarren 12 M., für Backwaren 60,60 M. und für Butter „an Noth“ gar 114 M. Es findet sich dann noch ein Posten für Porto an Inspektor Hartwig von 4,25 M. und ein Posten von 9,90 M. für Futter.

Für Futter? Ja, für Futter. Doch noch einen Augenblick Geduld.

Die genannten Ausgaben belaufen sich, wie man durch Nachzählen gewahr wird, auf 255 M. 25 Pf., so daß ein Bestand von 155 M. 75 Pf. übrig blieb — zur angemessenen Verwendung im Laufe des Jahres, wie auf der am 11. Jan. 1888 vom Herrn Direktor Bornstedt abgegebenen Quittung vermerkt wurde. Die angemessene Verwendung faßte die Direktion unseres Erachtens nun in recht weitem Sinne auf — es mißte denn unsere Meinung, daß die gütigen Geber die gesammelten Weihnachtsgaben für die unglücklichen Gefangenen spendend wissen wollten, eine irrite sein.

Im Dezember des Jahres 1888 richtete der Heizer Kroll, der recht viel Unglück in der Familie gehabt hatte, an die Direktion ein Gesuch um eine Geldunterstützung. Er sei nicht im Stande, die für seine Familie notwendigen Aufwendungen zu machen, was er als Vater zu dem bevorstehenden Weihnachtstfeste doch gern möchte. Ihm wurden vom Direktor Bornstedt aus den zu Weihnachtsgeschenken disponiblen Mitteln dreißig Mark bewilligt.

Eine gleiche Bitte richtete der Heizer Kroll im nächsten Jahre an die Direktion. Diesmal wurden ihm zwanzig Mark aus den zu Weihnachtsgeschenken eingegangenen Mitteln gegeben. In der Abrechnung über den Weihnachtstfond pro 1890 finden sich für Kroll nur noch zehn Mark verzeichnet. In diesem Jahre (1890) betrug auch die Einnahme für diesen Fonds laut Listen nur 378,05 M. Dafür wurden zum besten der Gefangenen auch nur 217 M. für Tannenbäume, Stollen, Wurst, Butter und Zigarren ausgegeben. Verhältnismäßig reichlich flossen die Gaben aus diesem Fonds aber an Beamte (Heizer, Hilfs-Aufseher). Es finden sich auf der Abrechnung an dergleichen Unterstufungen zwei Posten à 20 Mark und fünf Posten à 10 Mark (darunter der des guten Kroll), im ganzen also neunzig Mark verzeichnet. Ferner gingen 8,80 M. für Porto zc. und 3,35 M. Erstattung drauf, die an den entlassenen Gefangenen-Aufseher und pensionierten Schumann Quandt als verauslagter Arbeitslohn u. s. w. aus der Weihnachtstasse ersetzt wurde.

So wurde im königl. Untersuchungsgefängnis zu Moabit aus dem Weihnachtstfond an freien und unfreien Menschen wohlgethan. Aber wie wir schon vorher vermerkten, erstreckte sich diese Wohlthätigkeit bis ins Thierreich hinunter.

„Noblesse oblige!“

Eine Volkslieder-Studie von M. W.

Als die Vorfahren unserer Edelften und Besten, ähnlich wie heutzutage ihre Urururenkel, vor einer gänzlich veränderten Zeit standen, als zur Zeit der sogenannten Reformation in Deutschland, die in Wahrheit eine soziale Revolution war, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse sich zu ungunsten des Schwertadels verschoben hatten, machten sie auch in friedlicher Zeit aus ihrem blutigen Kriegsgewerbe ein „ehrliches“ Handwerk, das seinen Mann nährete und seinen goldenen Boden hatte, wie andere Handwerke zu ihrer Zeit: sie wurden zu hellen Häufen Wuchsklepper und Raubritter. Damals kam unter ihnen ein schönes Sprichwort auf, das in niederdeutscher Fassung lautet:

Ruten, roven, roten is ghein Schande,
Dat doget die Besten van dem Lande.

Das ist ins Neuhochdeutsche verdolmetschet:

Plündern, rauben, tödten ist keine Schande,
Das thun die „Besten“ in dem Lande.

Freilich dichtete zu diesem seinen Sittensprüchelein das Volk ein anmutiges Gegenstücklein, das da lautet:

Hangen, räden, stecken an is ghein Sünde;
Wer dat nicht, wper behelden neit in dem Ründe.

(Hängen, räden, köpfen, brandstiften ist keine Sünde, —
Wer das nicht, wir behielten nichts im Ründe.)

Man sieht, das Volk fand auf den großen Noth der Edelften und Besten einen ebenbürtig großen Reiz!

Aus der Blütheperiode des deutschen Volksliedes, die ins vierzehnte bis sechzehnte Jahrhundert fällt, sind uns fast aus allen Lebenskreisen, so auch aus denen der adeligen Wuchsklepper und Straßenräuber, einige Ständeslieder derselben erhalten. Von ihnen wollen wir ein paar Proben geben, die wir Uhlands vortrefflicher Sammlung alter hoch- und niederdeutscher Volkslieder (1. Ausgabe, Stuttgart und Tübingen bei Cotta, 1844) entnehmen.

Eines dieser Lieder, das nach einer Papier-Handschrift des 15. Jahrhunderts in Richard's Frankf. Archiv III, 280 zuerst abgedruckt ward, lautet, dem Neuhochdeutschen angenähert, folgendermaßen:

1. Der Wald hat sich belaubet,
Des freuet sich mein Ruth (Gemüth),
Nun hat' sich mancher Bauer
Der wähnt, er sei behut (behütet)!
Das schafft des argen Winters Jora,
Der hat mich beraubt,
Des klag' ich heut und morn (morgen).

2. Willst Du Dich ernähren,
Du junger Edelmann,
Holz Du meiner Vebre,
Sich auf, trab zum Wain.
Halt Dich zu dem grünen Wald,
Wenn der Bauer ins Holz fährt
So reut ihn vreislich (grimmig) an.
3. Erwischt ihn bei dem Kragen,
Erreue das Herze Dein,
Nimm ihm, was er habe,
Spann aus die Pferdlein sein.
Sei freich und dazzu unvergagt,
Wenn er keinen Pfeng mehr hat,
Reiß ihm die Gurgel ab!
4. Heß' Dich bald von dannen,
Bewahr Dein(en) Reib, Dein Gut,
Damit Du nicht werdest zu Schanden,
Halt Dich in fester Gut!
Der Bauern Daz ist also groß,
Wenn der Bauer zum Tanze geht,
So dünkt er sich Fürsten Genos (ebenbürtig, gleich).

Der Schlußvers lautet:

6. Ich weiß ein(en) reichen Bauern,
Auf den hab ich's gericht' (dem gilt mein Anschlag),
Ich will ein' Weile lauern,
Wie mir darum geschicht (geschehen mag),
Er hilft mir wohl aus aller Noth. —
Gott grüß Dich, schön's Jungfräulein,
Gott grüß Dein Mündlein roth.

Wir müssen uns, um im vollen Bilde zu sein, ein Beilager von Schnapshähnen denken, bei dem ein „alter Herr“ den Novizen oder jungen Fächsen und Brandfächsen der Räuberbande den im Schwange gehenden Brauch (Komment) einpaukt, wobei er zum Schluß seine Schachdarmante lobend läßt: wehe dem, der sich dabei nicht ehrerbietig vom Sitze erhebt und mit dem „alten Herrn“ auf das Wohl seiner Dulcinea anstößt und trinkt!

Und wie töstlich ist der Reib auf den Bauern, der auch mal beim Kirmestanz, seines Lebens froh werden will und sich ein König dünkt! Solcher Uebermuth muß natürlich als Ueberhebung gegen die „göttliche Weltordnung“ bestraft werden! Wieherdes Gelächter mag dem Sänger auf solche „Aufforderung zu Verbrechen“ (vergleiche Umsturzvorlage der Deutschen Reichsregierung im Jahre des Heils 1894) die Antwort gewesen sein, welche die edlen Bechgenossen des Sängers gaben.

Geradezu wie Blasphemie klingt es, wenn dieses Gefindel in seinen Nidern sich dem Schutze der Mutter Gottes oder des Patrons aller Reiter, dem Drachentöbter St. Georg, empfiehlt und um himmlischen Segen bittet für sein sauberes Gewerbe.

In dem Liede von Schenkenbach wird das Rauben ebenfalls wie eben ganz offenbar mit der wirtschaftlichen Misere der Ähnen unserer Strohhaackler begründet:

So wir nimmer Pfenning haben
Und Futter und Mähl uns fehlt,
So müssen wir fürbaß werden,
Daz wir nit Hungers sterben,
Die reichen Kaufleut' beerben —

Da man aber nur Töbte beerben kann, nun, so schlägt man die Inhaber des Kaufmannshafes eben todt.

Weiter heißt es da:

Wir haben uns eins vermesse
In dem edlen Frankenland:
Die Bauern, die woll'n uns freffen,
Den Adel wohlbekannt,
Das woll' Gott nicht verhängen
Wir wollen sie fürbaß sprengen
Recht wie die Sär abfengen ...

Hilf Gott, daz wir bezwigen
Der Bauern Uebermuth,
Die uns uns Leben bringen
Viel manchen Reiter gut!
Ihren Hochmuth soll man brechen,
Soll sie von den Pferden stechen,
Manchen guten Geßellen rächen.

Allegorischer des geeinigten Volkes über diesen edlen Orden finden sich genug, so Nr. 142 in Uhlands angezogener Sammlung und anderwärts.

Den wirtschaftlichen Untergrund des Raubrittertums ersaßt sehr richtig folgende Strophe:

Dem Adel will nicht flecken
Sein Gült als etwann was,
(d. h. seine Geschäfte gehen nicht mehr so gut wie ehemals)
So will dem Knecht (Kriegsknecht) nicht schmerzen
Sein Sold was schafft das? (d. i. wie kommt das?)
Groß Boch und nit verdingen (d. h. großen Aufwand treiben ohne die nötigen Mittel),
Im Braß und Ruder liegen (und Saus und Braus leben),
Solche Brunnen bald verliegen,
So kommt man an den Tanz
Und wagt ein Galgenhang.

Man beachte folgende Rechnung über gehabte Ausgaben für Futter für die vier Kustalls. pflanzen für die Zeit vom April bis Dezember 1887:

2 Mandel Gerst & 80 Pf.	1.60 M.
15 Stück weißer Kase & 10 Pf.	1.50 "
1 Kilogr. Ankerbrot	1.75 M.
10 " gebackener Kase & 28 Pf.	2.80 "
5 " Futtergerst & 17 Pf.	0.85 "
5 " Buchgrün & 28 Pf.	1.40 "
Summa:	9.90 M.

9 Mark 90 Pfennige
buchstäblich neun Mark neunzig Pfennige sind mir heute gezahlt worden.
Berlin, 27. Dezember 1887.

Seiler.
Zu am 27. Dezember gezahlt aus den Weihnachtsgeschenken.

Bornstedt.
Eine derartige Liberalität haben wir in einem preussischen Gefängnis bisher nicht für möglich gehalten.

Die Gemeindefürsorge-Reform hat am Freitag die Stadtverordneten-Versammlung zum hoffentlich letzten Male beschäftigt. Der Magistrat hatte sich mit den vor Weihnachten gefassten Beschlüssen, die die Interessen der Reichen im allgemeinen und der Hausbesitzer im besonderen zu sehr berücksichtigten, nicht ganz einverstanden erklärt. Er bestand auf Erhöhung des Schulgelds auf höhere Schulen und forderte statt 1 pSt. Kanalisationsabgabe wenigstens 1 1/2 pSt. Seine Wünsche sind, wie unsere Leser bereits wissen, schließlich erfüllt worden, nachdem der Antrag unserer Genossen, doch 2 pSt. zu erheben, mit erdrückender Majorität abgelehnt worden war. Der Vergleich, zu dem sich die hausbefürwortlich gesinnte Majorität nannte, bequemt hat, ist keineswegs so mager, wie er von ihr hingestellt wurde. Die Hausbesitzer sparen immer noch beinahe 1 1/2 Millionen auf Kosten der übrigen Steuerzahler. Daß das Ergebnis der Steuerreform eine „gerechte“ Verteilung der Lasten sei, wird niemand im Ernst behaupten wollen. Die Ungerechtigkeit, daß die Gewerbetreibenden, die kleinen und kleinsten eingeschlossen, aufbringen müssen, was dem unthätigen Hausbesitzer geschenkt wird, bleibt bestehen; davon kann auch das beschiedene Zugeständnis, zu dem sich die Vertretung des Hausagrarierthums schließlich doch herbeigelassen hat, nichts ändern. Der Rückgang vollzog sich übrigens keineswegs ruhig und friedlich. Die Hausagrarier und ihre Freunde kämpften bis zum letzten Augenblick wie die Löwen. Sie schüttelten die ganze Schale ihres Hornes über diejenigen aus, die innerhalb und außerhalb der Versammlung der Hausbesitzer-Majorität Vertretung ihrer eigenen Interessen vorgeworfen hatten. Furchtbare Abrechnung hielten sie besonders mit „Tante Wop“, die ganz gegen ihre Gewohnheit denselben Vorwurf erhoben hatte. Die Erbitterung, die sich in lauten Rufes des Hornes und der Verachtung kundgab, ist begreiflich. Von seinen eigenen Freunden im Stich gelassen zu werden, das thut ganz besonders weh. Sehr amüsant nahm sich das Pathos an, mit dem gerade diejenigen, welche vorher am entschiedensten für die „nothleidenden“ Hausbesitzer eingetreten waren, sich erklärten, es sei kein einziger unter den Stadtverordneten, der sich von Hausbesitzerfreundlichkeit habe leiten lassen. So endete das erste Drama der Gemeindefürsorge-Reform mit einem grotesken Satisficel.

Von der Fürsorge des Staates der Sozialreform für die Armen unter seinen Dienern hat die jüngstverlossene Weihnachtzeit wieder der Beispiele mancherlei ans Licht gefördert. Erst kürzlich mußten wir auf die Arbeiterentlassungen hinweisen, die kurz vor dem frohlichen, heiligen Christfest am Rangir-Bahnhof Panow zum Teil über alte, in treuer Pflichterfüllung ergaute Arbeiter ausgesprochen wurden, und heute drängt u. a. die Art, wie im Reiche des Herrn Thiele die Weihnachts-Gratifikationen verteilt worden sind, wieder zu neuen Betrachtungen. Von diesem Geschehens scheinen gerade die am schlechtesten gestellten Leute grundsätzlich ausgeschlossen zu sein, denn sie ergingen erst, und dann gleich in der Höhe von 50 bis 100 Mark, an Beamte mit einem Minimalgehalt von 125 M. Beamte mit geringerem Gehalt erhalten nur derartige Gaben, wenn es sich um einen auffälligen Vorfall handelt, und für diejenigen, die mit einem Jahresgehalt von 700 bis 800 M. angestellt sind, giebt es überhaupt kein Weihnachtsgeschenk. Für die besser bezahlten Beamten sorgt die Bahnverwaltung in mannigfacher Weise, diese erhalten Gratifikationen, Urlaub, Unterhaltungen, Freifahrtsschein etc. — die schlechtestbezahlten Beamten und Arbeiter gehen aber leer aus, diesen wird nicht einmal bei dringenden Familienverhältnissen der Freifahrtsschein nach ihrer Heimat gewährt.

Geradezu jammervoll ist aber die Lage der Streckenarbeiter. Diesen zahlt die Bahnverwaltung zur Winterzeit einen Tagelohn von 2 Mark und 80 Pfennigen; mit solchem elenden Betrage müssen sie sehen, wie sie sich mit ihrer häufig zahlreichen Familie durchschlagen. Ja, und wenn ihnen dieser Winterdienst noch regelmäßig sicher wäre! Aber gerade zur schlimmsten Winterzeit, bei schnellem Frost, trifft sie das Unglück, zuweilen

D. h., da hat man eben die Aussicht, die Chance — denn das bedeutet Schanz, wie j. B. in der Lebensart: etwas in die Schanze schlagen — an den Galgen zu kommen.

Viele Volkslieder, die mündlich umgingen, oder fliegende Blätter, die Vorgänger unserer Zeitungen, melden von Leben und Thaten und Sterben und Verderben solcher Galgenvögel. 1881 erlebte die Nürnberger einen alten Epäpn mit einem der vorweggenannten Begegnungen jener Zeit, mit dem volkstümlichen Epäpn*) von Weilingen, der eine ganze Kette adeliger Galgenvögel unter seiner Häubchenherrschaft zusammengebracht hatte.

Drei Jahre vorher war ihnen der saubere Patron unter dem schon bestehende Galgen durch einen Sprung mit seinem guten Roh über die Stadtmauern entwischt und soll dabei den Nürnbergern eine lange Nase gezogen und das später fliegend gewordene Wort geprägt haben: Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn!

Kühne Sprünge der Art rühmt das Volkslied dem Epäpn mehrere nach, auch andere derbe „Reuterschwänke“ und tolle Streiche.

Mit den Nürnbergern in Fehde liegend ritt er doch froh und dreist am helllichten Tage zu Nürnberg aus und ein, läßt beim Schied sein Pferd beschlagen und zahlt in Gold dafür, bezahlt aber mit Nürnberger Geld, da er deren Wechselhaus ausgeplündert. Darauf steht er unterm Brauenthor ein Paar Reiterstiefel und schlug's dem Thorwächter um das Maul. Eine Bäuerin fragt er, was man vom Epäpn sage, und als sie antwortet, der wäre ein „nasser Knab“, d. i. ein Trunkenbold, schürt er ein Feuer an, siedet Schmalz in einem Kessel und stieß ihr die Hand drein bis an die Arm.

Zu Farnbach aber schlug seine Stunde. In einem Wirthshaus rastete er, da schab man ihn viel Wägen fürs Haus, d. h. man blockierte das Quartier:

Da sprang er über acht Wägen aus, Am neunten gab er den Wägen, d. h. da war's mit seiner Sicherheit, seinem Glück, vorbei: Sie führten ihn auf den Adenstein, Man legt ihn den Kopf zwischen die Bein! (Schluß folgt.)

*) Epäpn, Epäpn oder Epäpn ist die deutsche Umgestaltung des Namens Apollonius; das Geschlecht der Weilingen von Altheim soll noch heute blühen, was diejenigen, welche sich dafür interessieren, im Adelskalender nachschlagen mögen.

einige Wochen feiern zu müssen, ohne daß sie auch nur einen einzigen roten Pfennig Verdienst hätten. Eine hübsche Art im Staat der Sozialreform!

Nachdem traurig, wie mit den Lohnverhältnissen, ist es mit der Sonntagsruhe der Berliner Eisenbahnarbeiter bestellt. Es kommt vor, und zwar aus Ursachen, die den Arbeitern nicht erkennbar sind, daß die an und für sich schon mangelhafte Sonntagsruhe für die Arbeiter zeitweilig ganz aufgehoben wird. Bei „voller“ Sonntagsruhe im Güterverkehr erhalten die Arbeiter gewöhnlich an jedem vierten Sonntag einen halben Tag, entweder einen Vormittag oder Nachmittag, frei, so daß ihre „Sonntagsruhe“ dann 18 Stunden, an den anderen drei Sonntagen aber nur 12 Stunden beträgt. Bei „aufgehobener Sonntagsruhe“ beträgt die Pause ebenfalls 12 Stunden, denen 12 Stunden Arbeit entweder in Tagsschicht oder Nachtschicht folgt. Noch unglaublicher ist es mit der Sonntagsruhe bei den im Personenverkehr beschäftigten Leuten bestellt. Die Rangierarbeiter erhalten hier erst jeden vierzehnten Sonntag frei! Man sieht, daß es keine vollwertigen Gründe hat, wenn die unteren Beamten der Sozialreform und natürlich auch die von ihm ausgehenden Arbeiter sich immer zahlreicher der einen Partei anschließen, die ihre Interessen eifrig vertritt, daß sie einzig der Sozialdemokratie vertrauen!

Zu der kgl. Schlossbau-Verrichtung, mit der die Kgl. Hof-Korrespondenz (siehe die Sonntags-Nummer unseres Blattes) vor einigen Tagen auf dem Plan erschien, bemerkt das konservative „Volk“:

„Die Kämmerlichkeit dieser offiziellen „Verrichtung“ springt in die Augen. Daß die Arbeiter nicht gezwungen werden können, Ueberstunden zu machen, ist klar. Aber daß die Schlossbau-Verwaltung unerhörte lange Ueberstunden und noch dazu während der Nacht und am Sonntag! zu einer Zeit machen läßt, wo so zahllose Arbeitslose der Beschäftigung harren, dafür giebt es keine Entschuldigung.“

Bezeichnend für die händische Demuth, mit der von gewissen liberalen Kammerrechtsnaturen alles angewendet wird, was von oben kommt, ist das Gebahren der Presse vom Schlage des „Berliner Tagelatt“ und des „Börse-Kourier“. Obwohl diese Blätter viel zu feige waren, der von uns aufgedeckten skandalösen Arbeitsverhältnisse am Schlossbau auch nur mit einem Worte zu erwähnen, brachten sie doch eifrig die „Verrichtung“ der Kgl. Hof-Korrespondenz. Hundeseelen!

Die neunte Weisse-Anstalt des Vereins für Kinder-Volkstücken ist am Sonnabend Jtsenstr. 21 eröffnet worden.

Im Circus Reng finden heute zwei Neujahrsestvorstellungen und zwar nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr statt.

Das Parodie-Theater am Moritzplatz soll von heute ab seinem bisherigen Verfall entzogen werden und, fortan unter der Firma „Walhalla-Volkstheater“ eine Stätte bilden, in der Posen und bürgerliche Schauspiele eine entsprechende Pflege erhalten. Der Titel der heutigen Premiere „Die Schneiderin vom Moritzplatz“ zeigt deutlich, was an der neuen Kunststätte die Glocke geschlagen hat.

Ueber den „gestrigen“ freien Sonntag soll allgemein von den Geschäftsleuten geklagt worden sein. Von einem Verlehrs war wenig zu merken; selbst in Neujahrskarten hat das Geschäft kaum gegangen. Vielmehr wurde gar nicht das Ende des freien Sonntags abgewartet, man schloß einfach früher die Läden. Man sieht, daß die Aufhebung der Sonntagsruhe einem Bedürfnis des Publikums nicht entsprochen hat.

Die Verlegung des Neu- und Strohmärktes vom Oranienplatz nach der Bismarckstraße am Götter Bahnhof hat zur Folge gehabt, daß für Vitzdorf ein besonderer Markt derselben Art eingerichtet worden ist. Der erste Markt wird daselbst am nächsten Donnerstag abgehalten werden und von da ab jeden Montag und Donnerstag stattfinden, während für Berlin die Tage Mittwoch und Sonnabend festgesetzt sind.

In der „Staatsbürger-Zeitung“ macht sich die Leichtsinnigkeit unserer slavisch-slavischen Urgermanen, die von Seite und von schänder wähliger Bildung nicht viel wissen will, selbst in den harmlosesten Notizen bemerkbar. So lesen wir in der Nummer vom Montag Abend:

„Ein gefälliges Beisammensein“ für Kinder höherer Kreise im Alter von 8 bis 7 Jahren hat eine spekulative Dams hier eingerichtet. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die dreijährigen Babies auch ihren Jour fixe haben werden, dem die Vire O'clock-Chokolade nicht fehlen dürfte.

Freunde Sprachen sehr schwach!

Der Tod des Direktors vom Börsen-Handels-Verein ist, wie jetzt mit völliger Sicherheit berichtet werden kann, auf Selbstmord durch Erschießen zurückzuführen. Es soll sich um Geldsachen handeln.

Beim Zubereiten einer Konfektur auf der Nordbahnstation Gesundbrunnen sind gestern Abend einer jungen Dame Anna Keller aus Oranienburg die oberen Fingerglieder der linken Hand abgequetscht worden. Die Dame wurde schleunigst nach einem Krankenhaus überführt. Ein junger Mann, der die Thür zugeschlagen und dadurch das Unglück veranlaßt hatte, ist schleunigst entkommen.

Ein fährloses Droschke, welche am Sonntag Nachmittags 4 1/2 Uhr die Landbergerstraße hinabgefahren kam, warf sich der Schuhmann Portens muthig entgegen. Leider wurde der Beamte bei seiner braven That von den Pferden eine Strecke geschleift und nicht unerheblich verletzt, doch gelang ihm die Rettung der Passagiere des Gefährts, einer Frau und zweier Kinder.

Einen Todtschlag hat am Montag ein Arbeiter in der Schwedterstr. 43 an seiner Frau verübt, mit der er sich im Wortwechsel befand. Im Verlaufe des Streites führte er einen so unglücklichen Schlag gegen die Schläfe der Frau, daß die Getroffene benutzlos zu Boden stürzte und verstarb, bevor ärztliche Hilfe herbeigekommen werden konnte. Der Gemann hat sich selbst der Polizei gestellt. Der Fall ist um so trauriger, als in der Familie acht unmündige Kinder vorhanden sind.

Durch vier Schüsse in den Kopf hat sich am Sonnabend der Portier Risch in seiner Wohnung, Stubenrauchstraße 12a in Schöneberg, erschossen. Risch, der sich erst vor einem Jahre verheiratet hatte, war stark angetrunken nach Hause gekommen und hatte hier den Tisch umgeworfen, auf dem eine Lampe stand. Auf die ihn von seiner Frau insolge dessen gemachten Vorwürfe hatte er geäußert: „Ach was, wenns nicht mehr geht, stieße ich mich todt!“ Die Frau, die diese Drohung für einen Scherz hielt, verließ das Zimmer; gleich darauf fiel der erste Schuß, der Risch nur leicht verletzte. Auf den Knall eilte ein Nachbar herbei, um Risch die Schusswaffe, einen Revolver, zu entreißen, stürzte dann aber, als jener ihn selbst zu erschießen drohte, aus dem Zimmer, um die Polizei herbeizurufen. Inzwischen feuerte Risch noch drei Schüsse auf sich ab, die tödlich wirkten. Als Polizeibeamte herbeieilten, war er bereits todt.

Vergiftet hat sich am zweiten Feiertag ein junges Mädchen, die 19jährige Margarethe Schwemmin, welche Augsburgerstraße 75/76 wohnte. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt.

Die Leiche des 46jährigen Arbeiters August Bielke ist am Sonnabend an der Schleuseninsel aus dem Landwehrkanal gezogen worden. B. soll Selbstmord begangen haben.

Der Hunger. Erschossen hat sich am Sonnabend Abend der 27jährige Kaufmann Herrmann Gantner in seiner in der Linienstr. belegenen Wohnung. G. war schon seit längerer Zeit stellunglos, und da es ihm nicht gelingen wollte, andere Beschäftigung zu finden und jeglicher Substanzmittel ledig war, so machte er seinem Leben durch Erschießen ein Ende. — Die Leiche wurde nach der Morgue geschafft.

Aus einer Zuschrift, die uns Herr Gastwirth Zoppaschewski, Königsbergerstraße 84, zu der von uns bereits in Nr. 273 unseres Blattes gebrachten Mittheilung über seine am 28. November im Verein der Berliner Weißbierwirthe gehaltene Rede sendet, entnehmen wir die Miththeilung dieses Herrn, daß von dem Wagner'schen Lokal nicht als von einem Hauptquartier des Umsturzes gesprochen, sondern es nur als Sammelplatz von Sozialdemokraten bezeichnet, und sich bei dieser barinlosen Behauptung auf die „Thatsache“ gestützt habe, daß dort vor Wahlen u. die Verteilung von Flugblättern stattfände.

Ein Raub der Franken ist gestern früh das Rauhholzlager von Max Reul, Oranienburgerstr. 44, geworden. Als die ersten Mannschaften der Feuerwehr um 1/2 Uhr auf der Brandstelle eintrafen, waren die Schuppen schon zusammengefallen. Es war daher hauptsächlich Aufgabe der Feuerwehr, die arg gefährdete Umgebung zu sichern. Nicht weniger als sieben Röhre wurden nach einander in Thätigkeit gesetzt und emsig arbeiteten Dampf- und Druckpumpen zur Speisung derselben. Die Hauptgefahr war gegen 8 Uhr beseitigt, die Abflutung selbst nahm dann noch längere Zeit in Anspruch. Der Schaden ist recht erheblich.

Einen traurigen Abschluß hat das alte Jahr für die Arbeiterfamilie Schürich in Tempelhof gehabt. Am Sonntag Nachmittags gegen 8 Uhr vergnügten sich etwa zehn Knaben auf einigen Brettern, die über den Dorfsteich bei der Kirche gelegt waren, um des noch zu schwachen Eises wegen einen Ausgung herzustellen. Die Knaben schaukelten und schlitterten, bis ein Brett umschlug und sechs von ihnen in das Wasser rief. Die zurückgebliebenen ließen ängstliche Hilferufe erschallen und konnten fünf ihrer Gefährten mit Beistand retten. Der zehnjährige Knabe Schürich aus der Berlinerstr. 109, der am nächsten nach der Mitte des Wasserloches zugestanden hatte, war indeß vor den Augen seiner Spielgenossen versunken. Der Gastwirth Gerth und der Fischer Böttner waren auf das Geschrei herbeigeeilt und suchten den ertrinkenden Knaben mittels Stangen zu retten. Nach halbständiger Arbeit brachten sie ihn zwar an das Land, doch war der Tod bereits eingetreten.

Auch eine Diebstahls. Die Jagd auf die beiden Erpel und auf Mäser, jenen drei verurteilten Verbrecher, denen der Tod des Gemeindefürsorge Beamten Ziegel zugeschrieben ist, hat zu einer interessanten Entdeckung geführt. Die Polizei fand in den Steinbrüchen von Nüdersdorf das Lager der Verbrecher, wo sie sich wohlfeil eingerichtet hatten. Zum Schutze gegen die Kälte dienten Schifferpelze; auch an Vertheidigungswaffen fehlte es nicht; ja auch mit Lebensmitteln war die kleine Festung versehen, so daß sie eine Belagerung der Polizei aushalten konnte. Die Gefangenen hatten die Auffassung des Schlupfwinkels gemerkt und den Kriminalbeamten nur das leere Nest zurückgelassen. Die Behörde findet, wie ein Berichterstatter wissen will, bei der Ergreifung der Verbrecher, die fortgesetzt Einbrüche verüben, seitens der Ortsbewohner keine thätige Unterstützung; denn als sich die Bande Weihnachten ruhig durch das Dorf Nüdersdorf bewegte, wagte niemand sich ihrer zu bemächtigen, weil man Waffen bei ihr vermutete. Sind denn die Burschen während ihres kreuzförmigen Durchmarsches durch das Dorf nicht der Sicherheitspolizei zu Gesicht gekommen? Die königlichen preussischen Beamten sind stramm am Platz, wenn irgendwo ehrenhafte Arbeiter in einer Versammlung über ihr Elend sprechen wollen!

Mit dem von dem Berichterstatter gegen die Einwohnerschaft von Nüdersdorf erhobenen Vorwurf der Lässigkeit steht allerdings die Mittheilung in Widerspruch, daß am Sonntag nicht weniger als 200 Personen auf den Weiden gewesen sind, um die drei Verbrecher zu suchen. Die derart Verfolgten sind zwar bei dieser Razzia dem Publikum mehrfach zu Gesicht gekommen, doch konnte man ihrer nie habhaft werden, so daß das große Aufgebot leider ein durchaus negatives Resultat hatte.

Schwer verletzt wurde in Panow der zwölfjährige Sohn des Pferdehaukuschlers Hamper. Der Knabe machte sich an einem Wagen unvorsichtiger Weise zu schaffen, wobei ein schwerer Theil des Gefährts sich plötzlich löste und ihn unter sich begrub. Das Kind ist schwer im Gesicht verletzt worden.

Witterungsübersicht vom 31. Dezember 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (M. = 9 F. H.).
Eisenmünde . .	742	S	1	heiter	8
Hamburg . . .	742	SW	1	wolkig	1
Berlin	741	SO	2	heiter	2
Biesbaden . . .	743	Still	—	Schnee	0
München	743	SW	3	Schnee	-4
Wien	744	SW	2	Schnee	-1
Japaraiba . . .	748	Still	—	bedeckt	-2
Petersburg . . .	751	SO	2	bedeckt	-3
Gork	764	N	5	heiter	2
Aberdeen	756	NNE	6	halb bedeckt	1
Paris	750	NNE	4	wolkig	1

Wetter-Prognose für Dienstag, 1. Januar 1895.
Ruhiges, theils heiteres, theils nebeliges Wetter mit leichten Schneefällen und gelindem Frost.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Im Zeising-Theater hat sich am Sonnabend Paulusina Rosa Kettig vom Berliner Publikum verabschiedet. Die im Deutschen Theater herangebildete junge Künstlerin hat sich außerordentlich schnell nicht allein zum Liebling der Berliner Theaterbesucher, sondern zu einem wirklichen Talent entwickelt, das Großes zu werden verspricht, wenn ihm die nöthige gewissenhafte Pflege zu theil wird.

Wird diese künftige Hand, die es nicht allein auf die übliche gewerbmäßige Ausbeutung einer hervorragenden Kraft abgesehen hat, sich in Wien, der neuen Wirkungsstätte der Künstlerin, finden? Es wäre schmerzlich, wenn dies Talent auch treibhausmäßig aufgezogen würde und im Virtuositenthum, in Paraderollen verkümmerte!

Ihr ganzes liebliches Können entfaltete die Künstlerin noch einmal als Gosa in Paul Lindau's Lustspiel „Ein Gefolg“. Sie gab in diesem an sich freidenklichen Stück die ihr zukommende Rolle des aufgeweckten und doch naiven Wackfisches natürlich in voller Lieblichkeit, sie „entzückte“ wieder und schwer schen sich das Publikum von der mit Kränzen und Blumen übersähten kleinen Gestalt trennen zu können. Unzählige Male ging der Vorhang auf und nieder, bis endlich die Aulse „Auf Wiedersehen“ verlungen waren!

Parteinachrichten.

Eine Freisprechung in Sachsen! (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Das Freiburger Landgericht sprach die Genossen Krab und Landgraf, Redakteur und Verleger der „Burgstädter Volksstimme“ von der Anklage der Beleidigung eines Ritters frei. Bekanntlich hatte das Reichsgericht die Sache an das Freiburger Landgericht verwiesen.

Von der Agitation. Ueber die Umsturzvorlage referierte am 28. Dezember der Genosse Antick-Berlin vor einer von etwa 300 Personen besuchten Versammlung in Wärsch. Die Anwesenden schenkten den Ausführungen des Vortragenden große Aufmerksamkeit. Bei der Schilderung der Vorfälle unserer Herren Junker wurde Redner vom Herrn Amtsvorsteher unterbrochen, indem er mit Auflösung der Versammlung drohte; Redner verbat sich unter allgemeinem Beifall jede Unterbrechung auf das Entschiedenste; die Debatte hatte gehoben und konnte Redner seinen Vortrag ungehindert zu Ende führen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

In Wittenberge fand am 29. Dezember eine öffentliche Volksversammlung statt. Das Versammlungslokal, die Zentralschule, war bis auf den letzten Platz gefüllt; auch eine Anzahl Gegner waren erschienen, leider nahm keiner von ihnen das Wort. Genosse Hinge-Stendal sprach über: „Die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie und ihre Stellung zum Antisemitismus.“ Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Die Versammlung mußte auf polizeiliche Anordnung hin bereits um 11 Uhr geschlossen werden. Da kürzlich eine von H. Hans v. Mosch und unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jahn abgehaltene Versammlung erst gegen 12 Uhr beendet war, so hat sich Genosse Hinge mit einer Depesche an den Minister des Innern gewandt. Öffentlich wird dies helfen und in Zukunft eine gleichmäßige Handhabung der Gesetze eintreten.

In einer überaus zahlreich besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Fürstentum a. d. Spree sprach am 27. d. M., abends, Genosse Wilhelm Liebknecht über die neue Umsturzvorlage und die Sozialdemokratie. Die vortrefflichen Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Selbst auf die in großer Anzahl anwesenden Anhänger anderer Parteien schien die Rede ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Zum Schluss gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie protestiert ganz energisch gegen die Annahme der sogenannten Umsturzvorlage im Deutschen Reichstage, da durch dieselbe jede freie Meinung des deutschen Volkes in der Presse sowohl, als im ganzen öffentlichen Leben unterdrückt wird, überhaupt die Vorlage geeignet ist, wahrhaft rassistische Zustände in Deutschland zu schaffen.“

Ein sozialdemokratischer Kalender. Eine große Zahl Kalender für das Jahr 1905 sind uns in den letzten Tagen zugegangen. Wir griffen zuerst nach dem schon ausgestatteten Kalender der Firma Kier u. Cie. Was erkannt waren wir aber, als wir die Sinnprüche dieses Kalenders lasen. Wir haben aus denselben bloß die folgenden hervor:

Sage nie Unrecht, von dem es auch sei.
Halte dich frei von jedem Fehl, wenn du glücklich sein willst.
Wer mit Neid blickt über sich, kommt nur selber trübselig.
Je mehr Gerechtigkeit, je weniger Neid.
Auf zwei Nähern rollt die Welt, das eine ist Liebe, das andere Geld.

Wir bedauern, daß nicht andere Sinnprüche gewählt wurden; die angeführten verraten doch geradezu Mangel an sozialdemokratischem Bewußtsein.

Die Kreisversammlung des Reichstags-Wahlkreises Nordhausen. Die am 25. Dezember in Nordhausen stattfand, war von 28 Delegierten aus 13 Orten besucht. Besprochen wurde, alle Sozialkommissionen aufzulösen; an Stelle derselben wurde ein Zentral-Agitationskomitee gewählt. Genosse Otto Nordhausen wird als Kreisvertrauensmann gewählt.

Als Nachtrag zum polnisch-sozialdemokratischen Parteitag in Breslau geht uns noch folgendes zu: Nach Schluß der Beratungen fand, trotzdem die Breslauer Polizeibehörde ein Tanzverbot ausgesprochen hatte, ein gemütliches Beisammensein der Delegierten und Gäste statt, wobei musikalische Vorträge, Gesang und Deklamationen abwechselten. In den Nebenräumen des Lokals konstituierten sich gleichzeitig der Parteivorstand und wurde Veritas zum Vorsitzenden. Merkwürdig zum ersten Schriftführer, Wyszynski zum zweiten Schriftführer, Ziel zum Kassierer, Siejal zum Beisitzer ernannt. Am anderen Tage besuchten sämtliche Delegierten unter Begleitung mehrerer deutscher und polnischer Genossen das Grab unseres Vorkämpfers Kaszale, wo vom Vorsitzenden Veritas im Namen der polnischen Sozialdemokratie mit einigen kurzen Widmungsversen ein Kranz aus roten und weißen Blumen niedergelegt wurde. Gleichzeitig wurde auch das dahingegangene Reichstags-Abgeordnete Max Kaiser, welcher seine letzte Ruhestätte auf demselben Friedhof gefunden hat, gedacht, und auch sein Grab besucht, geleitet von den Breslauer Genossen. Hierauf begaben sich die Delegierten nach dem Bahnhof, um nach ihrer Heimath abzureisen. Kurz vor der Abfahrt stimmten die Breslauer Genossen auf dem Perron ein Abschiedslied an, was sie glücklicherweise auch ohne von dem Stationsvorsteher daran gehindert worden zu sein, beenden konnten.

Dann mußten sie den Bahnhof verlassen. Doch nur ein kurzer Augenblick und ehe der Zug sich nach in Bewegung setzte, erscholl von einem Nachbargrundstück dasselbe Lied und unter Lachen und Händeklatschen und dem vielfachen Ruf: „Es lebe die internationale Sozialdemokratie“, fuhren die Delegierten nach ihrer Heimath zurück.

In den Bürgerwahlen in einigen Orten Württembergs wird uns von Stuttgart geschrieben: In Möhrach bei Stuttgart wurden sämtliche von dem sozialdemokratischen Verein vorgeschlagenen Kandidaten mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Es ist das bis jetzt der einzige so glänzende Wahlsieg in Württemberg. — Das überall, wo die Sozialdemokratie nicht auf dem Plan erscheint, die bürgerlichen Parteien vollends versumpfen, beschriebelt sich in den beiden Orten Göttingen und Wenzeln (Württemberg); dort erschien an der Wahlurne je ein Bürger; bei der gestrigen Nachwahl erschien in Göttingen niemand und wurde daher von der Wahlkommission der alte Bürgerwähler wiedergewählt. Die Mitglieder desselben protestierten aber gegen eine Wiederwahl. Wir sind überzeugt, daß wenn in den beiden Orten einige Sozialdemokraten wären, so käme bald frischeres Leben in die Bürgerchaft und aus das Rathaus und werden wir uns um so mehr bemühen, dort Anhänger zu werben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine unfreiwillige Muße von einem Monat ist es, die für den Genossen Adler in Halberstadt begonnen hat. Derselbe bezog am 28. Dezember Quartier auf dem Petershof, dem dortigen Strafgefängnis, um eine Strafe abzusitzen, die er sich wegen öffentlicher Beleidigung der Chariteerdirektion in Berlin zugezogen hat.

In Prag sollen, wie bürgerliche Blätter melden, während der Feiertage der Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sein. Eine Anzahl sei wegen Hochverrats (?) und Majestätsbeleidigung verhaftet worden.

Soziale Ueberlicht.

Zur Frauenbewegung schreibt man uns: Die immer mehr zum Durchbruch gelangende Erkenntnis, daß wir zur schnelleren Erreichung unserer Ziele des Kampfes der Frauen bedürfen, drängt zu dem Wunsch, die Frauenorganisation zu beschleunigen, und wird als weitere Folge die Einschaltung der Frauenbewegung in die Tagesordnung der Parteitage herbeiführen. Denn über die Mittel und Wege, die Frauen zu organisieren, müssen wir zur Klarheit gelangen. Das kann aber nur geschehen, wenn auf dem Parteitag über den jetzigen Stand der Dinge ein Referat gehalten wird, die Einzelheiten der Frage gründlich diskutiert werden; nur so wird Klärung der Meinungen und einheitliches, erfolgreiches Vorgehen in dieser wichtigen Angelegenheit ermöglicht. Der heutigen Agitation unter den Frauen mangelt ja gerade die Einheitlichkeit, es mangelt ihr feste Gesichtspunkte.

Erfolgt uns die Arbeiterin organisiert werden. Ihre Lebenshaltung ist die denkbar schlechteste, und ihre geringe Bezahlung drückt die Löhne des männlichen Arbeiters herab. Auch als Streikbrecherin muß sie herhalten; man erinnert sich des durch die Streikbrecherinnen so unglücklich verlaufenen Bielefelder Weberstreiks.

Da gilt es das Solidaritätsgefühl der Arbeiterinnen zu stärken, was nur in der Organisation geschehen kann. Nun bieten ja die Gewerkschaften den Arbeiterinnen der jeweiligen Branche willige Aufnahme, aber der Umstand, daß mit dem für sie — in Betracht ihrer niedrigen Löhne — niedriger normierten wöchentlichen Beitrag, auch oft manche der Vortheile der Organisation wegfallen, hält doch gar viele vom Eintritt in die Gewerkschaften ab. Hier Ausgleich zu schaffen, ist schwierig, aber weil diese Schwierigkeit vorliegt, bedarf sie der Besprechung.

Aber nicht Industriearbeiterinnen allein, auch die nicht industriell arbeitenden Frauen und Töchter der Arbeiter sollen zur Bewegung herangezogen werden. Nur sozialdemokratische Mütter werden sozialdemokratische Kinder erziehen, und dieselbe Agitation im Heer, welche die Mutter eines Rekruten 10—15 Jahre vor Eintritt desselben in die Armee begann, kann nicht mit Gefängnis bestraft werden und ist demnach die erfolgreichste. Die ganz besondere „Gefährlichkeit“ der Frauenklärung verurteilt nun aber auch die ganz besondere Strenge, mit welcher die Polizei gegen Frauenvereine u. s. w. auftritt. Hier muß über Anschläge verhandelt werden. Auch die liebevolle Fürsorge um das Seelenheil unserer Frauen von Seiten der Herren Pastoren rührt uns zur Abwehr dieser Liebesmüh! Wollen die frommen Herren Nutzen ziehen aus der Unwissenheit der Frau und diese Unwissenheit als besten Träger ihrer Herrschaft erhalten und fördern, so erstreben wir dagegen die Aufklärung des Weibes; denn nur diese Aufklärung, nur Bildung und Wissen befähigen sie, den Sozialismus zu begreifen und unsere Mitkämpferin zu werden.

Solange sie das noch nicht ist, wird auch mancher Mann durch sie, durch Mütter, Töchter und Schwestern vom Kampf abgehalten. Soviel zur Anregung, die Einschaltung der Frauenbewegung in die Tagesordnung der Parteitage einer weiteren Erörterung zu unterziehen.

Glückliche Städte und Dörfer gibt es noch im Unterwesterwaldkreise. Dort werden in mehr als der Hälfte der Gemeinden keine Gemeindesteuern erhoben. In vielen Gemeinden, z. B. Selters, Herschbach, Nordhofen, Biebach, Quirnbach, Maxdorf, Wölschering, Freirachdorf, Niederod und Goddert wird noch das Brandholz unentgeltlich an die Gemeindeglieder abgegeben, kein Schulgeld und nur ein geringer Wasserzins erhoben, trotzdem zahlreiche Orte durch lothpfeilige Hochdruckleitungen in ausgiebigster Weise mit dem besten Wasser versehen sind. Ja, der Ort Goddert hatte bis vor wenigen Jahren ein weißes Hypothekensbuch. Den unglücklichen Steuerzahlern in den Großstädten mag dies ein Märchen klingen aus grauer Vorzeit.

Aus Eugen Richters Gegenwartsstaat. In Zittau erschien dieser Tage ein Arbeiter aus Grund in Bohmen in dem dortigen Gerichtsgebäude. Seine zwei Kinder hatte er in einen Wagen gefahren und brachte sie mit. Er verlangte von den Beamten die Freilassung seiner Frau, die zur Zeit im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis eine ihr zuerkannte Freiheitsstrafe absaß. Als ihm das Unmögliche seiner Forderung klar gemacht wurde, meinte er: „Dann könnt Ihr auch die Kinder behalten!“ Sprach's und verschwand, ohne sich um die Kinder, die auf der Straße standen, weiter zu kümmern. Die frierenden armen Geschöpfe wurden von der Polizei vorläufig im städtischen Armenhause untergebracht.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Von der Metallwarenfabrik Schuler, München, Gewürzmühlstr. 1b, ist der Bezug wegen Lohnabzugs streng fernzuhalten.

Achtung, Holzarbeiter! Bezug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach Berlin (Pionierfabrik von Görs u. Kallmann, Nordstr. 34), Pforzheim (Weiß's Möbelabrik), Baumte bei Gesselförden (Saarmann's Werkstätte), Jyehoe (Weißhals's Möbelabrik), Endenwalde (Willig's Werkstätte), Weichensee (Springer's Werkstätte); von Tischlern und Stellmachern nach Göttingen i. M. (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Tischlern und Drechseln nach Goslar (Friedrich's Möbelabrik), und M. Glaback (Kambel's Werkstätte); von Drechseln nach Lauterberg (Häblich's Holzwerkstätte) und Hatzburg (Schulze's Holzbearbeitungs-Fabrik).

An die Parquetbodenleger Berlins und der Umgegend! Kollegen! Beim Beginn des neuen Jahres lohnt es sich wohl, einen Blick auf das alte Jahr zu werfen, um zu prüfen, wie weit das letzte Jahr unsere Erwartungen erfüllt hat. Leider werden Ihr alle zu der Erkenntnis gelangen, daß das Jahr 1894 für uns noch schlechter war als sein Vorgänger. Arbeitslosigkeit und Mangel in Permanenz, das war die Signatur 1894, und was damit verbunden ist, habt Ihr am eigenen Leibe erfahren. Kollegen! Wollt Ihr nun eure Lebenshaltung noch weiter herabdrücken lassen, damit Euch die Leute vom Schlege eines Stellmachers ungehindert ausbeuten können, oder wollt Ihr zeigen, daß es Euer fester Wille ist, den ewigen Lohnhinderern zu begegnen. Aber um dieses zu können, ist es nötig, daß Ihr einmütig zusammensteht, nur vereint sind wir unüberwindlich, während der Einzelne den Unternehmern machtlos gegenübersteht. Darum Kollegen, organisiert Euch, schließt Euch zusammen. Weiter ermahnen wir Euch, recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. Voraussichtlich wird das Jahr 1895 betreffs der Arbeitslosigkeit besser ausfallen als sein Vorgänger, deshalb ist es nötig, zeitig gerüstet zu sein. Darum schließt Euch alle Eurer Gewerkschaftsorganisation, dem Holzarbeiter-Verbande, an.

In der Waffenfabrik von Pieper in Lütlich streiken sämtliche Arbeiter.

Der Bezug von Schneidern nach Flensburg und Regensburg ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Gerichts-Beitrag.

Der Schlächtergeselle Hermann König aus Jersprense, der am 23. Juni v. J. mit dem zwölpfjährigen Sohn seines Meisters rücksichtslos in eine Schaar spielender Kinder hineingefahren war, wurde gestern von der zweiten Strafkammer am Landgericht II wegen fahrlässiger Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kind war damals infolge der Rücksichtslosigkeit des Schlächters schwer verletzt worden.

Das Schlafkellnerwesen. Ein trauriges Sittenbild wurde heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II aufgerollt. Am 7. November wurde die 18jährige Tochter Hedwig des Arbeiters Seibitz zu Norddorf durch einen Polizeibeamten zur Schule geführt, weil das Mädchen die Schule beharrlich und ohne zwingende Entschuldigung verabsäumte. Als sie in der Schule erschien, zeigte es sich, daß sie sich im hochschwangenen Zustande befand. Der Lehrer schickte nun das Mädchen wieder nach Hause und erstattete Anzeige. Auf amtliches Verfragen bezeichnete das Mädchen den Schlafkellner ihres Vaters, den 25jährigen Arbeiter Emil Jahn, als ihren Verführer, der darauf verhaftet und unter Anklage gestellt wurde. Wie aus dem öffentlich verlesenen Urtheile hervorging, hat der Angeklagte in acht Fällen die infamisierte That begangen. Der Vorsitzende erklärte, daß der Gerichtshof die äußerste Milde habe walten lassen, weil der Angeklagte der eigentlich Verführte sei. Sein Alter hätte ihm jedoch die nötige Besonnenheit geben sollen, den Verführungen eines verwahrlosten Kindes zu widerstehen. Daß er dies nicht vermochte, mache ihn strafbar. Das Urtheil lautete auf 10 Monate Gefängnis, wovon ein Monat als verbüßt erachtet wurde. Gegen die Eltern des Mädchens soll nun Anklage wegen schwerer Ruppelei erhoben werden.

Ein Rigoroser Gefängnisaufsicher. Wegen Mißhandlung von Gefangenen bezw. wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt im Sinne des § 340 des Strafgesetzbuches in fünf Fällen hatte sich gestern der Gerichtsbauer Theodor Jordan vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. zu verantworten. Der Angeklagte war von Mitte 1892 bis in die jüngste Zeit beim Amtsgericht in Norddorf als Gefängnisaufsicher angestellt und hat nach der Anklage in zahlreichen Fällen die seiner Obhut anvertrauten Gefangenen nicht unerheblich mißhandelt, mit dem schweren Schlüsselbunde und mit der Faust in den Kopf geschlagen u. s. w. Der schlimmste der von der Anklage aufgezählten Fälle war folgender: Der Gefangene Radow, der jetzt in Brandenburg eine anderthalbjährige Zuchthausstrafe wegen Diebstahls verbüßt, war am 12. Dezember v. J. mehrere Stunden lang nicht in seiner Zelle eingeschlossen und konnte sich frei auf dem Korridor bewegen. Von hier aus setzte er sich mit dem 18jährigen Schriftseher Althaus in Verbindung, der eben wegen Betruges zu 4 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden war. Althaus wollte Althaus und Radow wollte ihn begleiten. Letzterer öffnete die Speisekammer in der Zelle des Althaus und dieser versuchte sich nun durch die enge Oeffnung hindurch zu zwingen, zu welchem Zwecke er sich sämtlicher Kleider bis auf die Beinkleider entledigte. Nachdem er zuerst einen Arm und den Kopf durch das Loch gesteckt hatte, zog ihn Radow von draußen und wenn auch Althaus manches Stück seiner Haut verlor, so kam er doch glücklich hindurch. Vom Korridor begaben sich die beiden Glücklichen nach dem Hofe, doch hier setzte ihnen die hohe Mauer ein unübersteigliches Hinderniß in den Weg und da obenbrein der Hund des Aufsehers hinzu kam und Lärm schlug, zogen sie es vor, den Rückweg anzutreten. Althaus wollte nun wieder durch die Speisekammer in die Zelle kriechen, das gelang ihm aber nicht, weil er im Innern nicht gezogen werden konnte. Als er gerade halb drinn und halb draußen stand, kam der Aufseher hinzu, er hegte zunächst seinen Hund auf die noch draußen befindlichen unteren Extremitäten des in der Klemme stehenden Gefangenen, so daß dieser mehrere Wunden erlitt. Dann schloß er die Zellentüre auf und zog mit den Worten: „Du Hund! Auf demselben Wege wie du rausgekommen bist, mußt du wieder rein!“ den Gefangenen in die Zelle, indem er dessen Ohren als Hebel benutzte. Ohnmächtig fiel endlich Althaus zu Boden, er wurde darauf gefesselt und in diesem hilflosen Zustande wiederholt mit dem Schlüsselbunde geschlagen. In gleicher Weise wurde alsdann Radow gefesselt und geschlagen; doch als dieser, ein herlich gebauter Mensch, trotz der Fesseln eine drohende Haltung einnahm, ließ Jordan von ihm ab. Der Angeklagte gab nur zu, die beiden Gefangenen in der Erregung über die versuchte Flucht unsanft angefaßt, er bestritt aber, den Hund gegen oder geschlagen zu haben. Der Gerichtshof hielt ihn aber in fünf Fällen des Mißverhaltens für schuldig und ging weit über die vom Staatsanwalt beantragten vier Wochen hinaus. Das Urtheil lautete auf vier Monate Gefängnis, wobei strafmildernde Umstände und Erregung, strafschärfend aber die Gräßlichkeit der Ausschreitungen in Betracht gezogen wurde.

Vermischtes.

Mit über 11 000 M. Geldern und Werthsendungen flüchtig ist seit dem 28. Dezember, nachmittags, der Postgehilfe Wilhelm Stapelsfeldt aus Hagenow in Mecklenburg. Auf die Ergreifung des Flüchtigen und die Wiedererlangung des untergegangenen Geldes hat die Ober-Postdirektion in Schwerin eine Belohnung von 750 M. ausgesetzt.

Der letzte Sturm hat zahlreiche Opfer auf hoher See gefordert. Die Bark „Ossa“, von Velsaft kommend, erlitt, wie aus London gemeldet wird, am Sonntag früh bei Holyhead Schiffbruch. Obgleich eine Verbindung mit der Bark mittels Rettungsapparates hergestellt war, wurde die gesammte Mannschaft, aus 24 Personen bestehend, von dem Wogen fortgerissen und ertrank.

Als Karikatura wird gleichfalls vom Sonntag gemeldet, daß die deutsche Fischerschmied „Emma“, Weiser: die Firma Julius Hüpper-Stettin, bei Karlskrona untergegangen ist. Die aus drei Personen bestehende Mannschaft wurde mit größter Schwierigkeit von dem zu diesem Zweck ausgesandten Kanonenboot „Nota“ geborgen.

Erdbeben. Reggio di Calabria, 31. Dezember. Die seismographischen Apparate verzeichneten heute Nacht zwei Erdbeben, von denen einer besonders heftig war. Eine wissenschaftliche Kommission ist zur Besichtigung der durch die Erdbeben beschädigten Ortschaften abgegangen. — Belgrad, 29. Dezember. Seit einigen Tagen fanden in Jagodina täglich Erschütterungen statt.

Madrid, 29. Dezember. Ein Güterzug entgleiste in der Nähe von Bilbao infolge einer Explosion. Zwei Personen wurden getödtet und mehrere verwundet. Auf der Linie Cordova-Málaga fliehen zwei Personenzüge zusammen; acht Personen erlitten Verletzungen.

In New-York ist in der 24. Straße eine Fabrik durch eine Feuersbrunst fast gänzlich zerstört worden; zwei Feuerwehreinheiten fanden dabei den Tod. In Louisville sind mehrere Handelshäuser abgebrannt, wodurch ein Schaden von 500 000 Dollars verursacht wurde. In Toledo (Ohio) wurde ein Elevator mit 625 000 Bushels Weizen durch Feuer vernichtet. Der Verlust beträgt 575 000 Dollars.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anklage eine Adresse (bzw. Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde wird am Mittwoch von 7 bis 8 Uhr abends abgehalten.

J. M. Frauen dürfen erst nach Ablauf des zehnten Monats seit Beendigung der früheren Ehe eine neue Ehe schließen.

428. Es kommt ganz darauf an, um was für ein Vergehen es sich handelt.

M. C. Machen Sie bei dem Reichs-Versicherungsamt einen diebstahligen Antrag.

G. B. Das Mädchen soll sich das Armenrecht bewilligen lassen. Dann wird ihr ein Rechtsanwalt beigeordnet.

W. M. Rajchan. Das Publikum hat ganz wie früher zu den Sitzungen des Reichstages Zutritt. Es werden beim Portier Karten abgegeben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 1. Januar.
Freie Volkshöhle (Leising-Theater.) 3. Abtheilung, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Der Traum ein Leben.
(National-Theater.) 16. Abtheilung, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Hildegard Scholl. Vorher: Ehrenschulden.

Opernhaus. Der Freischütz.
Mittwoch: Händel und Gretel. Carneval.

Schauspielhaus. Salati. Die stille Wache.

Mittwoch: Wie die Alten singen.

Deutsches Theater. Blau. Dann: Coppenne.

Mittwoch: Die Weber.

Leising-Theater. Chismonda.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Berliner Theater. Der Kompanjon.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Orpheus.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Kessels-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Villalibien.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater. Krieg im Frieden.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Neues Theater. Der kleine Mann.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Chausseetheater. Die Gassenlöcher des Glücks.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater. O! diese Berliner.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Corps.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

National-Theater. Undine, die Fürstin der Wellen.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Kessels-Theater. Spezialitäten.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Spezialitäten.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Parodie-Theater. Spezialitäten.

Mittwoch: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Wallner-Theaterstrasse.

Dienstag, den 1. Januar. Nachm. 3 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Mittwoch, den 2. Januar, Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Donnerstag, den 3. Januar, Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

Freitag, den 4. Januar, Abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.

Sonntag, den 5. Januar, Abends 8 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.

Central-Theater

3. Alte Jakobstraße Nr. 30.

Anna Blöcker. Jousfine Dora.

Montag:
O, diese Berliner!

Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Gündelhof.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen:
O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotesktänzerin Miss Rose Batchelor vom Prince of Wales-Theater in London. Zum 7. Male:
Ein fideles Corps.

Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Eldred, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Aren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Infolge des großen Andrangs bleibt die Kasse von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,

40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Marietta.
Weihnachts-Ausstellung

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Undine, die Fürstin der Wellen.

Großes Ausstattungsspiel mit Gesang in 4 Akten und einem Vorspiel von Wollheim. Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacobsen. Musik von G. Michaelis.

Regie: Max Samst.

Rassenöffnung 5 Uhr. Auf. 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Abonnementsbilletts, täglich gültig, sind zu haben in den Kassenstellen der Freien Volkshöhle.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum

Schlufftheaterlegung im Reichstage mit Benutzung des Original-Thrones.

63 wilde Weiber aus Dahomey.

„Sanssouci“

Kottbuserstraße 42.

Dienstag, den 1. Januar:

Große Neujahrs-Fest-Soiree

der

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank).

Anf. 7 Uhr.

Entree 50 Pfg.

Neujahrs-Programm.

Walhalla-Volks-Theater

(früher Parodie-Theater)

Oranienstr. 52.

Mittwoch, den 2. Januar 1895:

Die Schneiderin vom Moritzplatz.

Anfang 7 1/2 Uhr. 2002b

Kaufmann's

Variété.

Heute am Neujahrstage:

Fest-Vorstellung.

Vollständig neues Riesen-

Programm mit

16 Glanz-Nummern

Neu! Neu!

Die Zettelankleber.

Burlesque Pantomime.

Ben.

Unter den Linden 21.

Jeden Sonntag

Nachmittag

Orientalsche Ali-Familienvorstellung.

zu halb. Preisen.

Zauber und Bey's

Wunder.

Täglich Anfang 1 1/2 Uhr.

Circus Renz

Carlstrasse.

Dienstag, den 1. Januar:

Zur Feier d. Neujahrsfestes

2 große Fest-Vorstellungen

unter Mitwirkung der hervorragendsten Künstlerinnen und Künstler, sowie sämtlicher Clowns und des beliebten Clowns und August Mr. Lavator Lee. Reiten und Vorführen der bestbesetzten Schul-, Spring- und Freizeitspferde.

Nachmittags 4 Uhr:

(Ermäßigte Preise, siehe Plakate.)

Die lustigen Heidelberger.

Abends 7 1/2 Uhr:

Tjo Ni En.

In beiden Vorstellungen:

Auftreten des unerreichbaren Händequilibristen Mr. Jules Koller.

Morgen, Mittwoch, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung: Tjo Ni En.

(Beim Jahreswechsel in Peking.) Neue Musikstücke. Agat, arabischer Holblut-Schimmelhengst, als Feuerpferd vorgeführt vom Direktor Fr. Renz.

Fr. Renz, Kommissionsrat.

Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts“.

(G. m. b. H.)

Am Bahnhof Nr. 3.

empfehlen den Genossen ihr

schmackhaftes Roggenbrot mit Kontrollmarke.

Zu haben in unserer Bäckerei sowie in allen mit unserem Plakat versehenen Geschäften.

Der Vorstand.

H. Tempel, Geschäftsführer. Fr. Junker, Kassier.

Nur noch kurze Zeit!

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.

Dienstag, den 1. Januar:

Texas Jack's American

Prairie Life-Show.

2 große Neujahrs-Festvorstellungen.

Anfang 4 und 1 1/2 Uhr. Zu der um 4 Uhr stattfindenden Vorstellung ein Kind auf allen Plätzen frei.

Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Die 30 000 Dollar-Uhr,

mit dem

Oberammergauer Festspiele

Zugzug d. Weltausstellung in Chicago.

Tafelst mit 6 ersten Preisen gekrönt.

Ausgestellt in der „Passage“.

Entree 25 Pf. 249M

Die angeblich Besessenen und Arbeitslosen M. Fabrowski, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und H. Wagner, Formner, haben das Gerücht verbreitet, unsere Weihnachtskassen seien aus der Strafanstalt Wilmersdorf gekauft. 2001b

Wir erklären dieses Gerücht für böswillige Verleumdung.

Gesangverein

vereinter Sangesbrüder

Moabit.

Chert'sche Kranken- u. Sterbekasse Nr. 27.

Generalversammlung

am Sonntag, den 8. Januar 1895,

Vormittags 10 Uhr,

im Kassenlokal Lindenstr. 110 b. Schwede.

Tagesordnung:

Jahresbericht pro 1894. — Wahl eines Vorstands. — Wahl dreier Vorsteher-Stellvertreter. — Wahl der Kontroll-Kommission. — Geschäftliches.

Das Mitgliedsbuch legitimiert. Vor Beginn der Versammlung werden Beiträge von männlichen Mitgliedern entgegengenommen. 1972b

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

der Cigarrenmacher,

Cigarrensortierer und deren gewerbl. Hilfsarbeiter.

Vom 1. Januar 1895 ab sind die Kassenstunden an den Wochentagen von 8-11 Uhr Vormittags, ausserdem Montag u. Sonnabends von 6-8 Uhr Abends. 1885b

Der Vorstand.

An die Herren Mitglieder der

Krankenkasse für die Beamten der Orts-Krankenkassen zu

Berlin

(G. S. 108).

Hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß

Donnerstag, den 10. Januar 1895,

Abends 8 Uhr, Kassenstr. 16, im

Kolal des Herrn Schneider, die

Ordnung

Mitgliederversammlung

der Mitglieder vorstehender Krankenkasse mit nachstehender Tagesordnung stattfindet:

1. Jahresbericht, sowie Bericht der Revisoren pro 1894.

2. Neuwahl von 4 Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1895 u. 1896.

3. Wahl von 3 Revisoren für das Jahr 1895.

4. Abänderung des Statuts § 8, sowie Beschlussfassung darüber.

5. Verschiedenes.

Berlin, 19. Dezember 1894.

Der Vorstand

der Krankenkasse für die Beamten der Orts-Krankenkassen zu Berlin.

J. A.: Rostker, Vorsitzender, Wilmannstr. 19. 2009b

Groß-Lichterfelde — Lantwig.

Donnerstag, den 3. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Ebert, Berlinerstraße:

Oeffentl. Versammlung

f. Männer u. Frauen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Julius Dolinski-Mannheim über: „Die wirtschaftliche und politische Lage.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

258/4 Der Vertrauensmann.

Buchführung, auch stundenweise, besorgt zuverlässig K. Böll, Sandrückenstr. 7. 1875b



Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Für Brantente ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Ausbaum- u. Rhabar-gon-Kleiderstühle u. Vertikons 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtischen, Küchenspenden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.; Sophas 6 M.; Säulen-Truhen 30 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsofas 60 M.; Buffets, Silber-schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-schreibe, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gelaufte Möbel werden bis April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Georg Wagner

Uhrmacher,

Oranienstr. 65, 1 Tr.

Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Ihren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Raffinirte goldene Uhren, gefachelt gestempelt: 1 Dufaten 10 M., 1 1/2 Duf. 16 M., 2 Duf. 20 M. Klar. von 4 M. an. 6785L*

Reparaturen

an Ihren u. Goldwaaren solid u. billig

Kinderwagen-

Sagar

Max Brinner,

Jerusalemstr. 42

am Dönhofsplatz.

Brunnenstr. 6.

Großartiger Weib-

nachts-Ausverkauf in Puppenwagen u. 1,75 M. an. Sportwagen, Kinderwagen zurückgef. Muster, außerord. ermäßigt

Homöopathisches Institut,

Brunnenstr. 39. Sprechst. f. Unbemittelte 11-1, Sonntags 8-9. 1986b

Neu eröffnet

Louis Keller's

Riesen-Fest-Säle

29. Koppenstr. 29.

Heute, Dienstag, den 1. Januar

Grosses

Instrumental-Concert

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Nach dem Concert:

Großer Ball

ausgeführt von 2 Musikbänden.

Der Riesen-Weihnachtsbaum ist nur noch heute elektrisch beleuchtet.

Louis Keller.

Neu eröffnet.

Altes Schützenhaus.

Linienstr. 5.

Gaasglühlicht. Neu dekoriert.

Empfehlen seine Säle zu allen Festlichkeiten und Versammlungen.

Sonntags, der 23. Februar, ist noch zu vergeben. 1997b

Wohnungen,

hell und gesund: 1 Stube mit Koch-Ofen 7 M.; 1 Stube u. Küche 12 bis 15 M.; 2 Stuben u. Küche 20-24 M.; 3 Stuben und Küche 25-27 M.

Gennigsdorferstr. 26.

Schlafstelle f. 2 H. zu vermieten b. Adler, Dresdenerstraße 97, 3 Tr.

Suche möbl. Schlafstelle zum Alleinbewohnen. Off. mit Fr. a. Seher, Oranienburgerstr. 88. 1988b

Schlafstelle Blumenstr. 9a, 3 Tr. bei W. Wolff. 1989b

Ein junger Mann findet gute Schlafstelle Luisenstr. 40, Vorderhaus 2 Tr. bei Lehmann. 1993b

Die Berliner Gemeindeschule

feiert zu Neujahr ein Jubiläum. Am 22. Dezember 1869, also fast vor 25 Jahren, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung Unentgeltlichkeit des Gemeindeschul-Unterrichts für alle Kinder, — bis dahin waren nur arme Kinder vom Schulgeld frei gewesen — und schon wenige Tage nachher, am 1. Januar 1870, trat der Beschluß in Kraft. Damit begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Gemeindeschule. Wie diese sich seit jenem wichtigen Beschluß gestaltet hat, ist zusammenhängend dargestellt in einer vom Stadtschulinspektor Jwiz im Auftrage der Schuldeputation verfaßten Denkschrift: „Entwicklung der Berliner Gemeindeschule“ (Wesens von 1878 bis zur Gegenwart). Den Anlaß zu dieser Schrift gab die Eröffnung der 200. Gemeindeschule im Herbst 1893, aber erschienen ist sie erst jetzt, also gerade zu rechter Zeit, um doppelt als Jubiläumsgabe zu dienen. Sie berücksichtigt besonders die Zeit von 1878—93, behandelt aber auch 1870—78 ziemlich ausführlich und bietet für 1820—69 wenigstens einen Ueberblick. Sie schließt sich an die vom Magistrat herausgegebenen großen „Berichte über die Gemeindeverwaltung Berlins“ an und macht sich auch die dort ausgesprochenen Ansichten im allgemeinen zu eigen. Der Grundgedanke, der durch das ganze Buch geht, ist also hier wie dort etwa der: Was wir geschaffen haben, ist großartig, und was davon etwa nicht großartig ist, das konnte doch nicht schöner gemacht werden. Diese Uebereinstimmung ist begreiflich, wenn ein Stadtschulinspektor im Auftrage der Schuldeputation über die Gemeindeschule schreibt. Wir hatten nichts anderes erwartet. Die Uebereinstimmung erstreckt sich aber auch auf den Schulgelddaushebung-Beschluß, was wir nach der ablehnenden Haltung, die die Kommunalbehörden in neuerer Zeit einer verwandten Frage gegenüber bewiesen haben, beinahe nicht mehr erwartet hätten.

Daß die Einführung der allgemeinen Unentgeltlichkeit des Unterrichts ein Gewinn für die Berliner Gemeindeschule war, hat ihre Entwicklung bestätigt. Sie ging hervor aus der „Kommunal-Armenschule“, die 1850 „Kommunalschule“ und 1868 „Gemeindeschule“ genannt wurde. Jwiz schildert, wie wenig diese auch nachher noch „von den zahlenden Schichten des Bürgerstandes für deren Kinder begehrt wurde, und wie sie thatsächlich noch immer trotz ihres Namens die „Armenschule“ von ehemals war“. Wer zahlen konnte, schickte sein Kind in eine Privatschule oder in eine höhere Lehranstalt. „Diese Sachlage“, sagt Jwiz, „war keine befriedigende, sie behinderte die äußere Entwicklung, und sie drückte die Unterrichts- und Erziehungserfolge herab, weil der besser situierte Bürgerstand seine Kinder von den sogenannten Armenkindern fernhielt.“ Man beachte diesen Satz! Er sagt nicht bloß, daß die Kinder des zahlungsfähigen „Bürgerstandes“ durch größere Befähigung und Gestirung das Niveau der von ihnen besuchten Schulen haben, sondern auch, daß der „Bürgerstand“ sich nicht bieten läßt, was das Proletariat ruhig hinnehmen, daß der „Bürgerstand“, viel „begehrter“ als das Proletariat, sobald es seine Kinder in die Gemeindeschule schickt, mehr Schulen und bessere verlangt und so indirekt die Entwicklung der Schule fördert. Jwiz sagt, daß sich aus der Schulgelddaushebung für die Gemeinderwaltung die Pflicht ergab, den Besuch der Gemeindeschule allen Kindern zu ermöglichen, und führt dann fort: „Der Pflicht mußte nicht bloß genügt, es mußte ihr in besserer Weise genügt werden und zwar so, daß alle Einrichtungen der nunmehrigen Gemeindeschule die gerechtfertigten Ansprüche aller, auch der begüterten Mitbürger befriedigen und das Urtheil aller Sachverständigen auch ohne Furcht und Sorge ertragen könnten.“ Man wollte also — und die durch Jwiz's Mund sprechende Schuldeputation billigt das noch heute ausdrücklich — dem Begüterten, falls ihm die Gemeindeschule nicht gefiel, nicht antworten: „Sei froh, daß du sie umsonst hast“, sondern er sollte sie so haben, wie er sie forderte. Es ist klar, daß unter diesen Umständen der Gemeindeschule eine große Zukunft beschieden sein mußte, falls es wirklich gelang, den „Bürgerstand“ für sie zu gewinnen. Um das aber zu erreichen, mußte ihr endgültig der Charakter einer „Armenschule“ genommen werden.

Gerade diese Wirkung erwartete man von der allgemeinen Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Wir hoffen nicht, daß irgend einer unserer Leser diese Idee mit einem erstaunten „Nanu?“ begleiten wird. Wahr ist, daß heute das Schulgeld, wenn es noch bestände, bestimmt nicht aus obigem Grunde abgeschafft würde, daß man vielmehr das Wesen der „Armenschule“ gegen die Schulgelddaushebung verteidigen würde. Man denke an die Behandlung, die nicht nur der Magistratsvertreter, sondern auch die bürgerlich gesinnte Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung 1890 und 91 dem sozialdemokratischen Antrage auf allgemeine unentgeltliche Gewährung von Lehrmitteln an Gemeindeschulkindern widerfahren ließ. Das sei eine Wohlthat, ein Almosen, das nicht verlangt werde, nicht aufgedrängt werden dürfe, das

die Gemeindeschule zur „Armenschule“ herabdrücke, die Kinder der Wohlhabenden daraus verschleuche u. s. w. Aber dieser Standpunkt ist, wo er auf Ueberzeugung beruht, doch nur bei einem außergewöhnlich hohen Grad von — sagen wir: von Kurzsichtigkeit möglich. In der Schulgelddfrage waren die Kommunalbehörden von 1869 weitblickender. Sie begriffen, daß gerade das jedem umsonst Zugängliche und ihm von Rechts wegen zukommende kein Almosen mehr ist. Sie erwarteten nicht, daß die wenigen zahlenden Eltern ihre Kinder wieder aus der Gemeindeschule nehmen würden, weil sie sich das „Almosen“ nicht „aufdrängen“ lassen wollten, sondern daß im Gegenteil nun erst die Bessersituierten in größerer Zahl ihre bisherige Scheu vor der Gemeindeschule ablegen würden.

Die Erwartung ging in Erfüllung, — soweit es möglich war. Es war freilich nur in bescheidenem Umfange möglich. Die Gemeindeschule wurde nicht noch mehr zur Armenschule herabgedrückt, aber sie wurde auch nicht zur allgemeinen Volksschule. Gemeindeschul-Bildung berechtigt nicht zum einjährigen Militärdienst und verschafft selten eine einträgliche und geachtete Stellung in der Gesellschaft. Schon das schloß den Gemeindeschulbesuch für die Kinder der eigentlichen Reichen nach wie vor aus, und das er auch als Vorstufe für höhere Schulen nicht zu beliebt wurde, dafür sorgten gerade die Kommunalbehörden durch Errichtung zahlreicher Vorschulen. Zwar kamen 1870 und 71 sofort Tausende aus den schulgelddpflichtigen Schulen herüber, sobald diese sich merklich leerten. Aber ein großer Theil der Eltern jener Tausende scheint sich in Verhältnissen befunden zu haben, in denen man zwar noch nicht für die Armenpflege reif ist oder sein will, aber doch auch nichts in die Suppe zu broden hat. Nachher mäßigte sich der Zustrom bald, und in den „Gründerjahren“ lebte sich das Verhältnis sogar wieder um, so daß schon 1872 die schulgelddpflichtigen Schulen um mehr Kinder zunahmen als die unentgeltliche Gemeindeschule. Das ist Beweis genug, daß die Erwerbsverhältnisse für die „Beliebtkeit“ der Gemeindeschule mehr bestimmend sind als alles andere. Und so ist es heute auch noch. Die Gemeindeschule ist in der Hauptsache doch eine Schule für Unbemittelte geblieben. Die wenigen Kinder „vornehmer“ Eltern verschwinden in der Menge der anderen, und von den Verhältnissen dieser Eltern dürfte meist das oben Gesagte gelten. Der Gedanke also, alle Kinder auf derselben Schulbank zu vereinen und wenigstens zu Anfang in derselben Weise zu unterrichten, ist seiner Verwirklichung noch sehr fern, und muß es bleiben, so lange nicht die Volksschule mit den höheren Schulen organisch zu einem einheitlichen Ganzen verbunden wird und von allen Kindern besucht werden muß. Das Ziel, die Unterschiede zwischen arm und reich wenigstens in der Volksschule zu beseitigen, und so „eine Annäherung der verschiedenen Volksklassen anzubahnen“, ist vollends nicht erreicht worden. Diese Wirkung von der Schule, selbst von einer allgemeinen Volksschule erwarten zu wollen, solange der Unterschied zwischen arm und reich außerhalb der Schule fortbesteht, das ist, gelinde gesagt, naiv.

Darum, daß nur ein Theil des „Bürgerstandes“, der weniger zahlungsfähige, sich mit der Gemeindeschule befremdet hat, erklärt es sich, daß die Entwicklung der unentgeltlichen Berliner Gemeindeschule nicht gehalten hat, was sie anfangs versprochen. Die „Begehrtheit“ des „Bürgerstandes“ hat gewinkt, aber die Wirkung hielt nicht vor. Der innere Ausbau ist stehen geblieben, und in der äußeren Organisation hat sogar Rückschritte gemacht worden. Das Proletariat hat oft genug dagegen protestiert, natürlich ohne Erfolg. Ob die Gemeindeschule die unentgeltlichen Mitbürger befriedigte, was liegt daran? Dem Begüterten wollte man sie einrichten, wie er sie wünschte, obwohl er sie umsonst hatte. Nachdem der aber ausgeblieben ist, verweist man dem Unbemittelten seine „Begehrtheit“: „Sei froh, daß du sie umsonst hast, verlange sie nicht noch besser, das ist unbedenklich.“ Möge das Proletariat sich diese Antwort merken. Sie darf nicht vergessen werden, wenn das Jubiläum der unentgeltlichen Berliner Gemeindeschule gefeiert wird.

Gerichts-Beitrag.

Kammer VI. Sitzung vom 27. Dezember 1894. Vom Gastwirth C. Böhl, Frankfurter Allee 74, beantragt das Restauration-Dienstmädchen Schönlöffel Lohn-, Kost- und Logis-Entschädigung für die Zeit vom 8. bis zum 31. Dezember. Ihr Vertreter führte zur Begründung der Klage folgendes aus: Am 2. Dezember, ihrem Geburtsstage, hätte die Klägerin von Herrn Böhl Erlaubnis erhalten, länger als sonst an Ausgehtagen fortbleiben zu dürfen. Nur die von der Klägerin auch erfüllte Bedingung sei gestellt worden, daß sie sich um 11 Uhr

die Schlüssel hole, damit niemand bei ihrer Heimkunft in der Nacht gestört werde. Trotzdem habe Frau Böhl der Sch. ihr längeres Ausbleiben in ähnlicher Weise vergolten, indem sie dieselbe am 8. Dezember zum 1. Januar kündigte und am Abend desselben Tages entließ, oder vielmehr sie sogar hinauswarf. Böhl bestritt, daß die Klägerin entlassen worden sei, und behauptete, dieselbe wäre von selbst fortgelaufen. Dieser Angabe gegenüber erklärte aber der Vertreter der Klägerin auf das Bestimmteste, er sei dabei gewesen, als die Klägerin von Böhl unter ausdrücklicher Betonung des Umstandes, daß sie von seiner Frau hinausgeworfen, ihre Papiere u. s. w. verlangte; ferner, daß in seiner (des Vertreters der Klägerin) und Böhl's Gegenwart die Frau des Beklagten zu Böhl's gesagt habe, die Klägerin sei entlassen worden, weil sie zu spät nach Hause kam. Zur Sprache kam noch, daß der Beklagte sich am 7. Dezember gelegentlich eines politischen Vergleichsversuchs bereit erklärt hatte, die Klägerin wieder in Dienst zu nehmen, ohne daß diese darauf einging. Der Vorsitzende Leo beehrte den Vertreter der Klägerin, daß man nur dann eine Entschädigung für entgangenen Verdienst verlangen könne, wenn man nicht selbst die Schuld an dem Verlust trage, daß also beiseitfalls der Klägerin eine Entschädigung für die Tage vom 8. bis 7. Dezember zugesprochen werden könnte; er rief deshalb zu einem Vergleich. Der Beklagte verpflichtete sich denn auch, der Klägerin 6,50 M. zu zahlen, zu welcher Summe er verurtheilt worden wäre, wenn die Klägerin den Nachweis der Richtigkeit ihrer Behauptungen erbracht hätte.

Veranstaltungen.

Zur Saalsperre. Die Berliner Lokalkommission hatte zu ihrer letzten Sitzung auch die Mitglieder der Lokalkommissionen der Vororte geladen und sich eingehend mit der „Saalsfrage“ beschäftigt. Die Konferenz setzte selbst für den Fall, daß die Kommission der „Saalverweigerer“ die Sperre aufhebt, in die Vorstände von Gewerkschaften, Vereinen u. s. w. sowie in die einzelnen Genossen das Vertrauen, daß sie ihrerseits nicht eher derartige Lokale betreten und zu Festlichkeiten oder Versammlungen miethen werden, bis sie seitens der Berliner Lokalkommission respektive der Kommission des betreffenden Ortes freigegeben sind. Ueber die Freigabe eines Saales in der Umgebung Berlins entscheiden die Genossen des jeweiligen Ortes in möglicher Uebereinstimmung mit den Berliner Genossen; in Berlin selbst entscheidet nach Anhörung des beteiligten Kreises die gesammte Lokalkommission, in letzter Instanz eine zu diesem Zweck einberufende Volksversammlung. Mitte Januar wird die erste und alsdann alle 14 Tage eine Lokalliste erscheinen; bis dahin ist die am Sonnabend, den 22. Dezember, im „Vorwärts“ veröffentlichte Lokalliste wohl zu beachten. Daß nur solche Säle freigegeben werden, die unentgeltlich für politische wie gewerkschaftliche Versammlungen zu haben sind und deren Inhaber sich verpflichten, bei Arbeiterfestlichkeiten Musiker und Bedienungspersonal nur aus den Arbeitsnachweisen der bez. Organisation zu entnehmen, versteht sich aus der ganzen Sachlage von selbst.

Alle Zuschriften, welche die Lokalsfrage betreffen, sind an Karl Scholz, Berlin SO., Wangelstr. 32 part. zu richten.

Zweite Generalversammlung des Verbandes der Vergolder u. c. Vom 26. bis 29. Dezember tagten im Jubel'schen Lokale die Vertreter des Verbandes der im Vergolder- und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Erledigung einer sehr umfangreichen Tagesordnung. Anwesend waren 13 Delegierte aus den einzelnen Filialorten, außerdem als Vertreter der österreichisch-ungarischen Kollegenschaft D. Kirillo, Wien und für Dänemark P. Jensen, Kopenhagen; im Auftrage der General-Kommission wohnte den Verhandlungen der Vorsitzende des Zimmerer-Verbandes Schrader bei. Der Bericht des Vorsitzenden Höpfer lautete, daß der Verband seit der vor drei Jahren in Köln abgehaltenen Generalversammlung nennenswerthe Fortschritte nicht gemacht hat. Zum Theil ist die Agitation erschwert durch die Zersplitterung der Industrie, andererseits macht sich das Bestreben geltend, die Fabrikation, veranlaßt durch die Steigerung der französischen Holzölle, in das Ausland, nach Frankreich zu verlegen; immerhin ist die Organisation (ca. 900 Mitglieder zählt der Verband) angesichts der verhältnismäßig geringen Zahl der im Gewerbe thätigen Personen keine der schlechtesten. In drei Jahren, Oktober 1891—94, hat die Hauptkasse vereinnahmt resp. veranslagt 8216,98 M. und 6518,21 M., inkl. eines alten Verbandsfund in der Kasse jetzt vorhanden 3890,70 M. Das Organ — das seit einiger Zeit erscheinende „Korrespondenzblatt“ vertritt die Stelle des eingegangenen Blattes „Solidarität“ — erforderte

Momentbilder aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1894.

(Schluß.)

Ein weiteres Nachspiel zum 18. Januar bildete der Prozeß Panfowicz, welcher mit einer Verurtheilung zu 14 Tagen Gefängnis endete.

Der Monat Juni wurde vorzugsweise durch den Bierboykott und gerichtliche Verhandlungen gegen Genossen ausgefüllt.

Am 1. tagten gleichzeitig 18 Volksversammlungen in Sachen des Bierboykotts, denen am 7. weitere 4 von der Frauen-Agitationskommission einberufene Boykottversammlungen und am 15. die Proklamation der Saalsperre seitens eines Theiles der Saalinhaber folgten.

Am 4. wurde Genosse Robert Schmidt, Redakteur des „Vorwärts“, von der Anklage, den § 166 des Straf-Gesetzbuchs verletzt zu haben, freigesprochen.

Am 9. wurde Genosse Dr. Jadel wegen Beleidigung der Kaiser-Offiziere des preussischen Heeres zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt.

Am 18. wurde Genosse Stadthagen wegen Beleidigung des Bürgermeisters in Liebenwalde mit 100 M. Geldstrafe belegt, dagegen von der Anklage des Hausfriedensbruchs freigesprochen.

Am 20. erhielt Genosse Stadthagen wegen Richterbeleidigung, begangen in seiner Eigenschaft als Verteidiger in den Strafsachen Peus und Frische, 4 Monate Gefängnis.

Am 25. wurde Genosse Kolesky, Redakteur der „Neuen Welt“, wegen Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

Der 29. brachte schließlich noch dem Genossen Bösch, Redakteur des „Vorwärts“, eine Geldstrafe von 3 M. wegen Nichtaufnahme einer Verurteilung ein.

Auch im Monat Juli stand der Bierboykott im Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Am 5. versuchte das Gewerbegericht vergeblich vermittelnd in den Streit einzugreifen.

Am 11. fanden 31 Volksversammlungen in Berlin und Umgebung statt, von welchen der Boykott über sämtliche Bäckereien verhängt wurde.

Der 17. sah den Genossen Bösch, Redakteur des „Vorwärts“, wiederum vor Gericht. Derselbe wurde wegen Zeugnisverweigerung mit 60 M. Geldstrafe belegt.

Am 26. erfolgte das Begräbniß des Schlossers Albert Tittel und der Frau Anna Horn, am 27. dasjenige der Frau Emilie Mehle auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde.

Am 27. wurde ferner die Genossin Sophie Christine Franz wegen Aufreizung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Am gleichen Tage wurden 39 Gewerkschaftsversammlungen, trotz der Saalsperre, in Sachen des Bierboykotts abgehalten.

Der Monat August führte sich mit drei am 1. abgehaltenen Frauen-Boykottversammlungen ein.

Am 12. wurde dem Genossen Rudolf Köhlhardt ein ehrenvolles Begräbniß auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde.

Der 24. brachte abermals 37 Volksversammlungen in Berlin und Umgebung in Sachen des Bierboykotts.

Am 28. wurde die Genossin Franklein Agnes Wabnitz auf der Ruhestätte der Märzgefallenen im Friedrichshain durch eigene Hand vergiftet aufgefunden. Dieselbe stand vor dem Antritt einer zehmonatigen Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung.

Der 30. brachte noch eine Verurtheilung des Genossen Franz Wojciechowski, Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, wegen Beleidigung durch die Presse zu 3 Monaten Gefängnis.

Der Monat September begann mit den am 1. und 2. stattgehabten Kassafestern, die größtentheils in Versammlungen bestanden.

Am 2. fand das imposante Leichenbegängniß der Genossin Franklein Agnes Wabnitz von der Leichenhalle auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde aus statt.

Am 2. trat auch die Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Brandenburg, einberufen vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande, zusammen, die indessen aus formellen Gründen der politischen Auflösung verfiel.

Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers in Steglitz wurde am 10. Genosse Kaspar mit 30 M. Geldstrafe belegt.

Zur Abwechslung wurden am 13. im sechsten Wahlkreise Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften vorgenommen.

Die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg, die vorzugsweise über die Landagitation Beratungen pflog, trat am 16. in Berlin zusammen.

Am 17. wurde wiederum Genosse Bösch, Redakteur des „Vorwärts“, wegen Nichtaufnahme einer Verurteilung zu 6 M. Geldstrafe verurtheilt.

Ihm folgte am 18. Genosse Jachan, Redakteur des „Sozialdemokrat“. Derselbe wurde wegen Vergehens gegen § 111 des Strafgesetzbuchs, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Protest gegen die Praxis des Gewerbegerichts erhoben am 24. gleichzeitig tagende Gewerbegerichtsbekämpfer-Versammlungen.

Am 25. erhielt Genosse Dupont, Redakteur der „Bildhauser-Zeitung“, wegen Beleidigung von Streikbrechern 4 Wochen Gefängnis.

Die Ersahwahlen zum Berliner Gewerbegericht fanden am 26. statt und endeten mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokraten.

Am 28. fanden in allen sechs Wahlkreisen Parteiverfassungen statt zwecks Wahl von Delegierten zum Parteitag in Frankfurt a. M. und Berichterstattung von der Brandenburger Parteikonferenz.

Der 29. brachte im Bierkriege einen Waffenstillstand. In diesem Tage fand zum ersten Male eine Besprechung zwischen der Boykottkommission und Vertretern der Brauereien und Saalverweigerer statt.

Der Monat Oktober wurde eingeleitet am 2. durch ein Nachspiel zum „Gummischlauch-Prozeß“. Wegen Beleidigung des Landgerichts-Direktors Brausewetter wurde Genosse Bösch, Redakteur des „Vorwärts“, in eine Geldstrafe von 600 Mark genommen.

Ihm folgte Genosse Max Schippel, Redakteur des „Sozialdemokrat“, welcher am 3. wegen Richterbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 600 M. Geldstrafe.

Wegen Majestätsbeleidigung erhielt am 5. Maurer Deunig 9 Monate Gefängnis; wegen Beleidigung der Unteroffiziere der Mechaniker Leonhardt aus Friedrichshagen 1 Woche Gefängnis.

Am 7. sprachen sich 5 Tabakarbeiter-Versammlungen gegen die Steuerprojekte der Regierung aus.

Die am 18. wieder aufgenommenen Verhandlungen in Sachen

Am 14. sprach Genosse Bebel im zweiten Wahlgreife über

die Weihnachtstage zur Abhaltung ihres Verbandeslages. Auch
fiel in diese Zeit die endliche Beilegung des Bierbojkotts.

Staße 80.

Brauerei Pichelsdorf.

Telephon: Amt Spandau Nr. 13.

Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.

empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere.

13458*

Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel.

Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Höchsteste
Preise.

Niederlage: Berlin, Königin-Augustastraße 1,
am Hafenplatz, Ringbahnbogen 1-8.

Prompteste
Bedienung.

P. P.

Meinen Geschäftsfreunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich die General-
vertretung der

altrenommierten Kulmbacher Exportbier-Brauerei

von **Adolf Christenn**

in **Kulmbach in Bayern**

mit dem heutigen Tage übernommen habe.

Dieses Bier hat in Deutschland sowie im Auslande den größten Anklang gefunden und offeriere Ihnen
in Gebinden mit 28 Mark per Hektoliter. Gebinde von 30 Litern an.
Hochachtungsvoll

Bernhard Könitzer,

General-Vertreter der Kulmbacher Exportbier-Brauerei,
Berlin SO., Köpnickerstrasse 45.

Fernsprech-Anschluß:
Amt VII, No. 1950.

Achtung!
Zahnerfabrik, auch Theilzahl, wöchentl.
1 Mark, Gude, Kaufher Platz 2,
Erfasserstr. 12.

In
**Roh-
Tabaken**
und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten

**!! billigster
Einkauf!!**

W. Hermann Müller

Berlin

Alexanderstr. 22.

Strenge reelle Bedienung.

Creditgewährung

nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Bettfedern, reine Gänsefedern & Vid.
v. 50 Pf. an, Grüner
Weg 41, 1 Tr. Frau Glaser.

Gardinen - Fabrik

Großes Lager gestickter und engl.
Züllgardinen, Stores, weiß und
creme. Große Auswahl in Sopha-
Zisch- und Bettdecken, auch im
Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Eutaw i. Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Feste
Preise.

Baer Sohn
BERLIN.

Preise
in
Zahlen.

24a. Chausseestraße 24a.
11. Brückenstraße 11.
16. Gr. Frankfurterstraße 16.

Proßt Neujahr!
unserer geehrten Kundschaft
in Berlin und Umgegend.

**Herren- u. Knaben-
Bekleidung.**

Feste
Preise.

Preise
in
Zahlen.

Achtung!

Um verschiedenen falschen Gerüchten
entgegen zu treten, mache ich den
werthen Genossen vom „Wedding“ be-
kannt, daß ich den „Vorwärts“ auch
nach dem 1. Januar weiter ins Haus
liefern, und empfehle mich hiermit zum
Quartalswechsel zur pünktlichen Liefe-
rung der Parteipresse sowie sämt-
licher Arbeiter-Literatur.

Achtungsvoll
Otto Haschke,
Berlin N., Neue Hochstr. 5.
Einz. Verkauf und Annoncen-
nahme am Wedding-Platz Müllerstr. 4.
Gef. Schulendorferstraße.

**6 Pfund Albrecht's
Brot für
50 Pfennig**
Bäckerei,
liefert Wrangel-Strasse 8.
Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Bierdruck-Apparate
Lager flüssiger Kohlenäure
zu herabgesetzten Preisen (1896).
H. Reinhardt,
113 Brunnenstr. 113.

Erklärung.

Nachdem nun der Boykott beendet, erkläre ich hiermit, daß ich die
zur Zeit von der Boykott-Kommission gestellten Arbeiterforderungen,
betreffs Lohnfrage, Arbeitsbedingungen, Arbeitsnachweis, die ich voll
und ganz erfüllt habe, auch nach Beendigung des Boykotts aufrecht erhalte,
ebenso den 1. Mai als Arbeiterfeiertag fernerhin anerkenne.

Zur Lieferung meines anerkannt guten Lager-, als auch
Münchener Bieres, halte ich mich zum Preise von 21 M. per Tonne
und der 21. Grattis-Tonne bestens empfohlen, erbitte Bestellungen direkt nach
meiner Brauerei.

Allen meinen Kunden, Gönnern und Freunden ein frohes,
gesundes Neues Jahr wünschend

Charlottenburg, den 1. Januar 1895.

Friedrich Reichenkron, Brauerei Carlsberg.

Telephon-Anschluß 83.



Halb und Halb.
**Mamppe mit
Pomeranzen**
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mamppe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

LINOLEUM-RESTE, Wachstuchreste, Gummitischdecken, auch
fehlerhafte, sehr billig. Grüner Weg 102.

Caffee,

täglich frisch gebrannt, 1,20, 1,30, 1,40,
1,60, 1,80 M. 18442*

Zucker,

fein und grob, 2 Pfd. 45 Pf.

Billig! Thee. Billig!

Natur-Butter,

4 Pfd. 1,00, 1,10, 1,20 M.

Bestes Bratenschmalz Pfd. 50 Pf.

Pflaumenmuss à Pfd. 15 u. 20 Pf.

Pflaumen à Pfd. 15, 20 u. 25 Pf.

Rum, Cognac, Arac, Punsch und
Glühwein zu billigsten Preisen.

M. W. Walter,

Hochmeisterstr. 1 (Ecke Wörtherstr.).

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit vertrieben gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Nuthbaum-Kleiderständer 30, Stühle
3 Mark, hochseine Muschelfederständer
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Eisenschreibtische, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenständer, Paneel-
sophas 75, Buffets, Trumeaus 85 M.,
Betten, Couliantische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlin zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gestaltete Möbel
können bis April kostenfrei neben
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

**J. Sturm, Münzstrasse 5,
Friedrichstr. 25/26**

Bonbon, Marzipan, Confituren.

Bei Erkält., Husten u. n. mache man
e. Versuch mit Sturm's Pectoral-
Bonbon, per Pack 20 Pf.

Roh-Tabak
Ad. Grohme,
11. Gellnowstraße 11.

Fritz Zubeil
Ginden-Strasse 106.

Saal für 300 Personen, und
Vereinszimmer.
Vorzügl. Speisen und Getränke.
Regelbahn durch Gasglühlicht
täglich erleuchtet,
noch einige Tage frei. (18418*)

Neu eröffnet.
Louis Keller's Festsäle,
29, Kopenstrasse 29.

Grosser Festsaal 3000 Pers.

Oberer Festsaal 600 "

Kleiner Festsaal 300 "

mit großen behaglichen Nebenräumen.
Im Tunnel: 8 vorzügl. Regelmahnen,
Tagesrestauration.

Empfehle mein Restaurant als
angenehmen Familienaufenthalt.
2 große Vereinszimmer, 50—80 Per-
sonen, Winter-Regelbahn noch einige
Tage frei. Restaurant Heiffert,
13562* 121. Oranienstr. 121.
J. A. Oswald Grauer.

Münchener Brauhaus Actien-Gesellschaft.

Wir empfehlen unsere aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere und zwar:

Helles Lagerbier zum Preise von 21 Mark per Tonne inkl. Spundgeld,

Versandbier (nach Münchener Art gebraut) zum Preise von 22 Mark per Tonne inkl. Spundgeld.

Beim Bezuge von hellem Lagerbier geben wir unseren verehrten händigen Abnehmern die 21. Tonne gratis, worauf
wir besonders aufmerksam machen.

Durch Vergrößerung unserer Brauerei sind wir jetzt in der Lage, auch den weitgehendsten
Ansprüchen zu genügen.

Berlin, im Dezember 1894.
Johannisstraße 18/19.

Telephon: Amt III. Nr. 8085.

Die Direction.

